

# Wochenblatt

## Wochenchrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 150 Pf. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.  
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 32.

Berlin, 10. August 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 174: Wilna als Hindernis. — S. 174: Polen zum Ende Stenbursche. — S. 175: Die Winaree im Ausland. — S. 176: Das Märchen an Memel. — Ostland-Wochen. — S. 178: Einmalige Antöße für Polen? — Polen und die deutsche Grenzpolitik. — S. 179: Einleitung ins 2te Heft. — Die Richtlinien des Deutschen Volkstages. — S. 180: Die Verfassung der Jungdeutschen Partei. — Der „Geleitakt“ und das Jahr 48. — S. 182: Das Programm Kowtow. — Antiföhrliche Zerstreuung. — S. 183: Die südlich-baltische Frage. — Städte im Osten. — S. 184: Bücher.

## Der Weg nach Zannenberg.

Ostpreußen schien verloren zu sein. Da erhielt am 22. August der in Hannover im Ruhestand lebende General von Stenbursch den telegraphischen Befehl, das Kommando über die deutschen Truppen im Osten zu übernehmen. Vierundzwanzig Stunden darauf traf er in Marienburg ein. Und drei Tage später begann die gewaltige Angriffsschlacht, die den deutschen Osten vor der Vernichtung bewahrte.

Jetzt fuhr der Marschall zum letztenmal über die Felder, auf denen er vor 20 Jahren die große Befreiungsschlacht schlug. Wie damals mit Hoffen und Beten, so folgte ihm diesmal mit Trauer und Dankbarkeit ein ganzes Volk auf

seinem Wege nach Zannenberg. Hunderttausend standen an den Straßen, um den toten Feldherrn auf seiner letzten Fahrt noch einmal mit ihrem Gruß zu ehren.

Dort, wo sein Name unsterblich wurde, ward ihm die letzte Ruhestätte bereitet. Zinnen und Türme, von denen der Blick über die Felder, Seen und Wälder geht, schirmen die Gräber. Und in weitem Raum umgeben sein Grab die Gräber der Vielen, die getreu waren wie er bis in den Tod.

Das deutsche Volk aber wird zu diesem letzten Großen Hauptquartier des Ostens wallfahrten, um in Zeiten der Not sich neue Kraft zu holen fürs Leben.

## Wilna als Hindernis.

Das große Rätselraten um Wilna dauert noch an. Nicht nur die zukünftige Gestaltung des polnisch-litauischen Verhältnisses, sondern auch der endgültige Erfolg der so wiederholend in Angriff genommenen baltischen Aktion Polens hängt davon ab, ob und wie dieser Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt werden kann. Polen versucht, diesen Stein zu umgehen; es gibt sich seit Monaten alle erdenkliche Mühe, die Beziehungen zu Litauen allmählich normal zu gestalten, um auf diese Weise dahin zu gelangen, daß die Winfrage für Litauen langsam ihre grundlegende Bedeutung verliert. Es bemüht sich, diese Frage vorerst nach Möglichkeit beiseite zu schieben, sie gleichsam hinter einem aus persönlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen gewachsenen Schleier dem Blick zu entziehen. Seine Aktivität in dieser Richtung läßt sich aus den fast täglich neuen Meldungen und Gerüchten über den Fortschritt der beiderseitigen Beziehungen entnehmen: Litauische Wirtschaftler waren in Gdingen. Vertreter der polnischen Volksgruppe in Litauen haben von der Kauerer Regierung die Erlaubnis zur Ausreise nach Polen und zur Teilnahme am Kongreß des Auslandspoleniums in Warschau erhalten. In Warschau heißt es, daß demnächst Verhandlungen über die Aufnahme des Polsterverkehrs zwischen Polen und Litauen stattfinden werden. Der Schweizer Vertreter der offiziellen „Soyez Völker“ der Jude Katalbach, lobt die litauische „Autonomiepolitik“ im Nemeigebiet und ermuntert den Gouverneur Kankas, in der „Wahrung der litauischen Rechte“ in diesem deutschen Gebiet nicht zu erlahmen. Das Mitglied der polnischen Botschaft in Paris, der Zionistenführer und Schmeiglerfür Rothblith, in Mähle, tauchte in Litauen auf und verhandelte dort u. a. mit dem Außenminister Goyratiss und dem Staatspräsidenten Smetona. Was Polen von Litauen will, das hat der konfervative Krakauer „Głos“ kürzlich so ausgedrückt: „Wir fordern von Litauen nicht, daß es seine geistige Einstellung zur Winfrage ändere oder ausdrücklich auf seine Ansprüche verzichte... Wir fordern nur Öffnung der Grenzen und normale Gestaltung der Beziehungen, d. h. Errichtung von Gesandtschaften, Konsulaten, Herstellung normaler Beziehungen auf dem Gebiet des Eigenbaltens, des Sambeis, der Post usw. Das sind sehr mühsame Forderungen. Ein minimales Programm. Von ihm werden wir nicht zurücktreten. Und wir beobachten, nicht dafür zu zahlen.“

Aber die Hoffnung Polens, die litauische Aufmerksamkeit vom Winproblem abzuwenden und durch das Vorstieben anderer Fragen in Anspruch zu nehmen, ist bisher nicht in Erfüllung gegangen. Litauen zeigt sich zwar im allgemeinen nicht abgeneigt, den polnischen Bemühungen um eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen entgegenzukommen. Aber es kommt bei allen Erörterungen und Ausinberesetzungen mit ungewänderter Hartnäckigkeit immer wieder auf die Winfrage zurück. Es bleibt dabei, daß die Lösung dieser Frage nicht die mögliche Folge, sondern die Voraussetzung einer Verständigung mit Polen zu sein hat. „Ein grundsätzliches Übereinkommen mit Polen“, erklärte der offizielle „Litauos Aidas“, „ist unmöglich und sogar unmenschenswert. Es fragt sich nur, unter welchen Bedingungen dieses Übereinkommen erzielt werden soll. Die Bedingungen Litauens sind allen bekannt. Das Wort hat jetzt Polen.“ Aber Litauen denkt nicht daran, dieses Wort, das nach litauischer Auffassung ein Polzengekommen in der Winfrage beinhalten müßte, zu sprechen. Auch die Vorstöße, die Mühlen in Kauerer unterbreitet haben soll, sind nach dort umlaufenden Gerüchten „sehr kurz und voller Reserve“ gewesen. Und die offizielle litauische Zeitungsagentur stellte folgendes fest: „Bisher sind, abgesehen von gemeinsamen Bekundungen des guten Willens, von Polen keine Anregungen zur grundsätzlichen Lösung des litauisch-polnischen Streites vorgebracht worden. Weder die Reise Prytors noch Mühlthaus oder eines anderen Polen nach Litauen hat ein neues Element geschaffen, das die Annahme zuließe, daß man in Polen den Standpunkt Litauens in der Kardinalfrage (das ist eben das Winproblem) zu verheben beginnt.“

Polen ist nach den offiziellen Erträgen, die Oberfl. Beck in Kauer und Kiga in der Ostpreußenfrage erzielt hat, erklärlicherweise nicht bereit, Litauen irgendwelche positiven Zugeständnisse in der Winfrage zu machen. Hierzu ist es, wenn es sein Feindliche in den baltischen Staaten wahrhaftig will, auch gar nicht in der Lage. Denn es ist klar, daß sein Ansehen in den baltischen Randstaaten ein sehr empfindliches Einbuße erleiden müßte, wenn es — als Großmacht — in einer so

wichtigen Angelegenheit wie dem Wilna-Problem vor einem wider-  
seitigen Zweimillionstakt zurückweichen würde, zumal der Macht-  
einfluß, den Polen in den baltischen Ländern ausüben kann, in ent-  
scheidendem Maße auf der Tatsache beruht, daß es Gebiet und Stadt Wilna  
fest in den Händen hat. Die Verwirklichung des polnischen Führungs-  
anspruches im Baltikum wäre mit einem offenen oder verheimlichtem  
verkaulerten Bericht Polens auf diese entscheidende Kontrastposition  
in Frage gestellt. Die Frage ist also ja, daß einerseits der  
Beisitz Wilnas für Polen eine wesentliche Voraus-  
setzung für die Verwirklichung des polnischen Füh-  
rungsanspruches im Baltikum ist, daß andererseits  
dieser Beisitz aber auch, da er einer litauisch-pol-  
nischen Ausöhnung im Wege steht, die Verwirk-  
lichung dieses selben Anspruches in entscheidendem  
Maße erschwert und verhindert. Es ist im Augenblick noch  
nicht abzusehen, wie Polen aus dieser zwiespältigen Situation heraus-  
zukommen gedenkt. Es scheint sich vorerst wieder einmal vergrößert  
von Litauen zurückziehen zu wollen.

Auf keinen Fall denkt Polen daran, seinen baltischen Führungs-  
anspruch fallen zu lassen. Im Gegenteil: dieser Anspruch ist noch niemals  
so klar ausgesprochen worden wie eben jetzt nach dem baltischen Reize  
des Obersten Weis. So schrieb die „Gazeta Warszawska“, das  
Blatt der nationaldemokratischen Opposition: Die Grundfrage  
aller polnischen Politik habe die Hegemonie Polens  
an der baltischen Küste zu sein. Der „Kurjer Polski“  
sieht in dem innerseitigen Verstoß Praxitors in Kauen einen wichtigen  
Schritt vorwärts auf dem Wege zu einem baltischen Block, der „selbst-  
verständlich der polnischen Führung unterstellt werden“ müsse. Und die  
„Dokumente“ der französischen Zeitungen an der polnischen Außen-  
politik zu verlesen, daß Warschau in allererster Linie dazu berufen sei,  
an der Ostseeküste nach dem Rechten zu sehen, daß es sich verpflichtet  
fühle, sich um das Schicksal der kleinen Randstaaten zu sorgen, daß  
dagegen die Staaten, die an den dortigen Problemen territorial nicht  
beteiligt sind, sich von jeder Einmischung zurückhalten müßten. Es ist  
nicht überflüssig, festzustellen, daß diese polnische Zurückweisung  
„raumfremder Interessen“ in der baltischen Frage  
sich nach der polnischen „Meeresbiologie“ nicht nur gegen das wirklich  
raumtrende Frankreich, sondern auch gegen Deutschland und  
die Sowjetunion richtet. Denn nach der polnischen Auffassung  
ist auch diese beiden Staaten nicht von den Ostfragen zu trennen.  
Somit handelt nicht, wie ein baltisch-polemisches Blatt zu sein,  
polnischen Interessen hauptsächlich in Polen liegen, und Deutschland  
nicht, weil kein wirtschaftliches Schwergewicht trotz ausgebreiteter Ostsee-  
küste nach Westen und kein Außenhandel nach den nordöstlichen Welt-

höfen tendiert. Daß eine solch kuriose Einteilung in Ost-  
see- und Nichtostseeländer auf einer völligen Verken-  
nung geographischer Gegebenheiten beruht und sich daher  
u. U. für die polnische Politik einmal sehr nachteilig auswirken kann,  
liegt auf der Hand.

Die Frage, wann es anlangt, so denkt es jedenfalls gar nicht daran,  
den baltischen Rand als einer Interzessionbüro seiner Politik zugunsten  
der aussehenden Biologie einer konkurrierenden Macht zu ver-  
zichten. Polen hat mit Rußland als mit einem händi-  
gen Störer seiner baltischen Vormachtpläne zu  
rechnen. Zum Jähzeit es dem Außenkommissar Titimow noch  
nicht gelungen zu sein, Eiland und Vettland wieder dem wachsenden  
Einfluß der polnischen Politik zu entziehen. Mit um größeren Eifer  
ist er aber bemüht, den litauischen Widerstand gegen  
die polnischen Pläne zu stärken. Und Kauen kommt ihm  
in dieser Hinsicht gerne entgegen. Während die Regierungen in Riga  
und Koval in der Frage des französischen Spaktes grundsätzlich  
die polnische Vorgehensweise und vorbehaltlos unterstützen, bekennt sich  
die Regierung in Kauen — in betonter Opposition gegen Polen —  
den französisch-russischen Plänen. Die litauische Presse lobt Moskau  
als den Verfechter der randstaatlichen Interessen und Rechte; und der  
litauische Außenminister Porozaitis kam bei seinem Besuche in  
Moskau, der als eine ostentative Antwort auf die baltische Reize  
des polnischen Außenministers gedacht war, mit Titimow dahin überein,  
„daß das überall bemerkbare und bei der augenblicklichen internationalen  
Lage auch wohl berechtigte Gefühl der Unruhe und der großen Bedoromis  
kollektive Schutzmaßnahmen für sämtliche ost-  
europäische Staaten erforderlich macht, und daß der  
zwischenstaatliche Konflikt überhaupt das hierfür ge-  
eignete Mittel darstellt.“ Titimow hat seine litauischen Worte  
gegen Beck ausgespielt und die polnische Balkanpolitik an ihrer  
empfindlichsten Stelle berührt, indem er, wenn auch in stark verfeinerter  
Form, dem litauischen Außenminister die russische  
Unterstützung in der Wilnafrage zusagte. Das ist  
insofern bemerkenswert, als Titimow sich vor gar nicht langer Zeit,  
noch in der Vereinbarung über die Verlängerung des polnisch-russischen  
Richtungsfrankopakes, Polen gegenüber verpflichtet hat, sich nicht mehr  
in den Streit um die polnisch-litauischen Gebietsfragen zu mischen.  
Den Polen wird aus diesem Verhalten des russischen Außenkommissars  
der Schluß ziehen müssen, daß es sich keineswegs auf die russische Neutralität  
in der Wilnafrage berufen kann, sondern stets damit rechnen muß,  
daß Moskau verfahren wird, die polnischen Pläne als  
komplizierte an dieser hartnäckigen Streitfrage schei-  
tern zu lassen. Dr. Kriebel.

## Polen zum Tode Hindenburgs.

Aber die Wegflogenheiten internationaler Höflichkeit hinaus hat die  
polnische Öffentlichkeit sich mit dem Leben und der Bedeutung des toten  
Reichspräsidenten befaßt, aus der (übrigens sorgsam verschwiegenen)  
Übersetzung heraus, daß das polnische Volk der überragenden Feldherrn-  
kunst dieses großen Deutschen im eigentlichen Sinne des Wortes seine  
Befreiung verdankt. Denn mit der Vernichtung der russischen Heere  
wurde der Weg zur Wiedergeburt des polnischen  
Staates, der bis dahin nur in den Wünschen und Träumen eines  
machtlosen Volkes gelebt hatte, geboren. Mit diesen Zusammenhängen,  
die allseitige von nationalen Vereinigungen beauftragt sind, pflegt  
sich die polnische Presse nicht gern zu befassen. In dem Artikel, die  
dem Gedanken des Toten gewidmet hat, hat sie sich vornehmlich mit dem  
Menschen und Politiker, der noch im Sesselalter dem Ruf zu  
einem vorantwortungsvollen Amte folgte, beschäftigt. „Die charakter-  
istische Eigenart Hindenburgs“, schreibt Srokowski im Krakauer  
„Just. Kurj. C. o. d.“, „war und blieb bis ans Ende, daß er ohne  
Widerstand alle Aufgaben übernahm, die ihm das Geschick bestimmt hatte,  
und nur bemüht war, sie nach seinem Vermögen aufs Beste zu lösen. Er  
war eine Soldatenatur und besaß eine soldatische Festigkeit im vollsten  
Sinne des Wortes, die jede für seine Aufgabe als Defekt aufwachte ...  
Auf diese Weise hat Hindenburg, indem er sich mit seinen Hand-  
größen Erfolge der deutschen Enten im Weltkrieg verdankt hatte,  
sich in den Augen seiner Nation noch mit dem Ruhm eines Selberru-  
bedekt, der nach einem verlorenen Kriege seine Truppen in Ruhe  
und Ordnung heimzuführen verstand. Das ist eine in der Geschichte unmei-  
nelbst höchst seltene Tat; denn in ähnlichen Fällen kehren die Feldherren  
meist ohne Heer und das Heer ohne Feldherren zurück ...“ Heute,  
angesichts seines noch offenen Sarges, heißt es im „C. o. d.“, „werden alle  
Munde achtungsvoll das Haupt neigen. Den großen Menschen können  
schon die Zeitgenossen anerkennen, Hindenburg war meinesfalls das Muster  
der besten, schönsten Tugenden des deutschen Volkes, das Muster der  
Ehre, der Vaterlandsliebe, der Bescheidenheit und vor allem des Pflicht-  
gefühls. Das polnische Volk ... erweist mit der ganzen Welt dem ver-  
storbenen Reichspräsidenten die ihm gebührende Ehrerbietung. Es sieht  
in ihm den treuen Diener seines Vaterlandes und vor allem den wirklich  
großen und außerordentlichen Charakter.“ Der „Kurjer Poranny“  
schreibt u. a.: „Sein Leben war hart, militärisch. Er blieb seinem ge-  
gebenen Wort immer treu.“

Es gibt kaum ein polnisches Blatt, das dem Toten ein ehrendes  
Gedanken verleiht. Aber es gibt viele, die auch diese Gelegenheit nicht  
vorübergehen lassen, um ihre unfreundliche Einstellung gegen  
das deutsche Volk zum Ausdruck zu bringen. Sie können nicht  
umhin, die menschliche Größe und die politische Geradheit des toten Heer-

führers und Reichspräsidenten anzuerkennen. Aber sie meinen, voraus-  
setzen zu müssen, daß mit Hindenburgs Tod eine neue Gefahr für die  
Ruhe und den Frieden Europas von Deutschland her drohe. „Angst  
und Unruhe“ empfindet der „Kurjer Warszawski“ wegen der  
weiteren Entwicklung der Dinge in Deutschland. „Nach dem Tode  
Hindenburgs“, schreibt er, „drängt sich vor allem die Frage auf: Was  
für Überallungen wird die deutsche Sphinx bringen und welcher  
Blick wird noch aus den dunklen Wolken zuken, die sich über Deutsch-  
land erheben?“ Der „Kurjer Warszawski“ und die anderen polnischen  
Blätter, die mit berartigen „bangen Fragen“ neues Mißtrauen gegen  
Deutschland zu sein versuchen, sollten sich, wenn sie das tun, der  
Prophetisierungen erinnern, mit denen sie vor Jahren  
bei der Verurteilung Hindenburgs zum Oberhaupt des  
deutschen Reiches glaubten aufwarten zu müssen. Sie haben sich  
damals als Schlechte und nicht einmal gutgläubige Propheten  
erwiesen. Sie müßten zwar sehen, wie sich keine ihrer Voraussagen  
zum damals erfüllt hat. Aber sie können jetzt trotzdem das Prophetische  
nicht lassen. Es steht jedem frei, sich über den künftigen Gang der deutschen  
Dinge seine Gedanken zu machen. Aber es liegt im eigenen Interesse  
derjenigen, die den Vorzug genießen, ihre Gedanken journalistisch  
auswerten zu dürfen, ihre Glaubwürdigkeit nicht immer wieder von neuem  
durch eine allzu ausschweifende Phantasie zu gefährden.

Einem Bericht des „Danziger Vorkposten“ zufolge hat sich die  
diplomatische Vertretung Polens in Danzig bei  
Hindenburgs Tod merkwürdig verhalten. Die Vertretungen der  
fremden Mächte in Danzig hatten auf Befehl des konsularischen  
Korps nach dem Eintreffen der Nachricht vom Tode des Reichsprä-  
sidenten ihre Sloggen auf Halbmal gestellt. Nur die Vertretung Polens  
hielt es für angebracht, sich an dieser selbstverständlichen Ehrung nicht zu  
beteiligen. Es ist unverständlich, danach zu forschen, was die polnische  
Vertretung hierzu veranlaßt hat. Zu bemerkenswert bleibt hier  
nur die auffällige Faktlosigkeit eines solchen  
Verhaltens. Es hat sich nicht um ein Banner gehandelt. Denn  
auch der Danziger Posten hat sich hatte wieder, als seinen  
Dienststellen (dem Postamt usw.) nach auf seinem Verwaltungsgebäude,  
noch auf der Wohnung seines Präsidenten die Slogge auf Halbmal ge-  
stellt. „Dieses Verhalten“, schreibt der „Danziger Vorkposten“ mit Recht,  
„ist um so befremdlicher, als der Hosenausfluß bekanntlich eine  
gemischte Danziger und polnische Einrichtung ist. Die Sloggen aller  
Dienste senkten sich am Donnerstag (dem Vortage des Reichsprä-  
sidenten) im Hofen auf Halbmal. — nur die Fahne des Hofen-  
ausflusses, die mit Kreuze und weißen Kreuzen das Hoheitszeichen des

Danziger Staates enthält, senkte sich nicht, als der Ehrenbürger der Stadt und ihr Vertreter in höchster Kreisversammlung in die Einzelkeit ging." Die Polen in Danzig ließen es mit diesen passiven Demonstrationen noch nicht beenden. Am 4. August wurde in Zoppot an den Kaiser, das der Frau des verstorbenen polnischen Botschaftsattachés Dr. Kubacki gehört, von 200 polnischen Freunden Personen eine mit Trauerwimpel versehene Hakenkreuzfahne, die an der von einem Deutschen demontierten Hochparterreempfang angebracht war, unter Spott und Gelächter heruntergerissen. Es gibt eben Polen — und sie scheinen unter denen, die das Danziger Selbstrecht in Anspruch nehmen, besonders zähelos zu sein — die ihre eigenen Methoden haben, den übertriebenen Jähzorn ihrer Nation zu dokumentieren.

Am Völkertage begaben sich schließlich die diplomatische Vertretung Polens und der Polensatthalter dem Gebot der internationalen Höflichkeit und setzten die Stagnation auf halbem Weg. Die „Gazeta Światła“ veröffentlichte das Verhalten der beiden Stellen damit zu begründen, daß der verstorbene Marschall in seinen offiziellen Beziehungen zur Stadt Danzig stand und deshalb usw. (d. h. Polen) jagte die internationale Auffassung über die Höflichkeit zu keinen Krauer-Rundgebungen in Danzig veranlassen konnte. Die Vertreter der anderen Mächte sind aber in Bezug auf internationale Höflichkeit offenbar anderer Auffassung gewesen. Im übrigen ist festzustellen, daß das antipolnische Polen in angedeuteter betrüblicher Weise seine Teilnahme am Gedenke des Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht und auch den deutschen Volksgruppen ihres Staates im allgemeinen die solchen Fällen übliche und gebotene Freiheit, ihrer Trauer in Gedenkschriften durch Entsendung von Abordnungen nach Gommernberg usw. Ausdruck zu geben, eingeräumt hat.

In Warschau fand am Völkertage in der evangelischen Kirche ein feierliches Trauergottesdienst für den verstorbenen Reichspräsidenten statt. Die Kirche war spärlich ausgefüllt und mit Cameracurien geschmückt. Am dem Trauergottesdienst nahmen in Vertretung des Staatspräsidenten der Chef der Zivilkassette teil. Ferner waren die Minister Zamadzki, Beck, Kofialkowskij und Kalinski

sowie jahrelange hohe Beamte zugegen. Das Diplomatische Korps war vollständig anwesend, ebenso die deutsche Kolonie in Warschau. Nach Beendigung des Trauergottesdienstes nahm der deutsche Gesandte von Polke die Botschaften der Anwesenden entgegen. Alle Regierungsmitglieder in Warschau unterhalb der Rang der Botschaftsministerialität im Gommernberg-Denkmal war die polnische Regierung durch den Gesandten in Berlin, Pijpki, vertreten.

Der polnische Stadtratspräsident Katakajki hat an den deutschen Generalkonsul in Danzig folgendes Beileidschreiben gerichtet: „Aus Anlaß des Todes des hochverehrten Präsidenten des Deutschen Reiches, des ruhmreichen Feldmarschalls von Bennckendorff und Hindenburg spreche ich namens unserer Stadt, die die Vaterstadt des Reichspräsidenten ist, dem deutschen Volke und seinen Behörden den tiefempfindlichen Ausdruck der Trauer und das herzlichste Beileid aus.“

Marschall Pijpki hat in einem seiner Bücher die überlegene Feldherrngebäude des toten Reichspräsidenten, die mit folgenden Worten über die Schlacht bei Tannenberg charakterisiert: „Als Hindenburg die Armeeführung im Osten übernahm, fanden ihn nicht mehr Streitkräfte zur Verfügung als seinen Vorgänger. Dem russischen General Rennenkampf eilte die viel stärkere Armee des Generals Samsonow zu Hilfe; aber Hindenburg fand mit seiner Armeelike. Da gelang das Ungewöhnliche. Man fragt sich, wo verblieb sich das Geheimnis des Menschen und die innere Kraft des Führers, der zu solchem Wunder fähig war und der es verstand, eine scheinbar schon besiegelte Niederlage in einen herrlichen Sieg zu verwandeln. Hindenburg und Ludendorff waren Meister der Zeit. Ihnen standen für die Bewegung der Armeen nur Tage zur Verfügung. Sie verstanden die Zeit so einzuteilen, sie hätten sie es nicht mit Armeekorps, sondern mit Bataillonen zu tun; und ihr Kampf schien nur eine taktische Handlung zu sein. Das ist das historische Beispiel großer Männer, denen niemand die Größe des Willens und die Macht des Geistes abstreiten kann.“

## Die Litauer im Auslande.

Unter der Überschrift „Unsere Brüder jenseits der Grenze“ beschäftigt sich der Ruemer „Nytas“, ein kirchliches Blatt, am 17. Juli mit dem Auslandslitauen. Es heißt dort u. a.: Etwa 40 v. H. Litauer wohnen nicht in Litauen und sind in besonderer Gefahr, ihr Volkstum zu verlieren. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurde im vergangenen Jahre im Ministerium des Äußeren eine besondere Abteilung für die Litauer im Auslande eingerichtet, um deren Zustandsbekommen sich der jeweilige Minister des Äußeren, Vorparais, besonders bemühte. Leiter der Abteilung ist Dr. Julius, der gleichzeitig die Aufgabe hat, die Presse über die Lage der Litauer im Auslande zu informieren. Sie bilden auswandern Litauen, die jetzt eine besonders abteilende Abteilung des Innenministeriums hat. Dann gibt es noch einen „Verein zur Unterstützung der im Auslande lebenden Litauer“.

Das Blatt gibt dann eine Statistik des Auslandslitauentums, die z. T. auf Schätzungen beruht, z. T. aber völlig frei erfunden ist. Nach den Angaben des „Nytas“ leben in Nordamerika etwa 80000 Litauer (in Chicago allein etwa 100000, das sind mehr als in Kaunas). In Vettland sollen es etwa 30000 und in Rußland über 40000 sein (von denen, wie der „Nytas“ sagt, 50 v. H. noch litauisch sprechen). In England sollen 4000, in Schweden 8000, in Belgien 2000, in Frankreich 2000, in Italien 3000, in den USA 20000, in Brasilien 2000, in Argentinien 300 Litauer leben. Die Zahl der in anderen Ländern wohnenden Litauer, z. B. in Kanada, China und Australien, ist schwer festzustellen, meint der „Nytas“; Zahlen gibt er für diese Länder nicht an. Geradezu grotesk sind die Zahlen, die das Blatt für die Litauer in Deutschland angibt. Es schreibt wörtlich: „In Deutschland (in Ostpreußen) sind rund 500000 Menschen litauischen Blutes vorhanden, von denen rund 100000 Litauisch verstehen und ungefähr 50000 Litauisch sprechen.“

Durch welche anthropologische Untersuchungen der „Nytas“ das Vorhandensein litauischen Blutes bei 100000 Einwohner Ostpreußens festgestellt haben kann, bleibt ein Geheimnis. Mit derartigen propagandistischen Entstellungen, die ja auch in der Presse anderer östlicher Länder an der Tagesordnung sind, braucht man sich nicht auseinanderzusetzen. Man kann sich an das halten, was sich tatsächlich feststellen läßt: die Verbreitung der litauischen Sprache. Es ist unerschöpflich, wie der „Nytas“ zu der Zahl von 100000 die litauische Sprache vererbenden und 50000 diese Sprache gebrauchenden Einwohner Ostpreußens kommt. In welcher Statistik soll das liegen? Durch welche Zählung soll das festgestellt worden sein? Die einzigen Zahlen, die über die Verbreitung der litauischen Sprache Ostpreußens zu geben vermögen, sind diejenigen der deutschen Sprachuntersuchungen. Und hier ist allerdings ganz andere Zahlen zu finden, als sie der „Nytas“ seinen Lesern vorgelegt hat. Im Jahre 1925 wurden nur noch in paar tausend Menschen in Ostpreußen festgestellt, die litauisch sprachen. Und es konnte bei einer Aufgliederung dieser litauisch sprechenden Personen nach Altersgruppen festgestellt werden, daß die litauische Sprache einem raschen und natürlichen Aussterbeprozess unterworfen ist. Während nämlich im Jahre 1925 im östlichen Teil Ostpreußens von den über 60 Jahre alten Personen noch 3,86 v. H. litauisch sprachen, nur diese

Sprachgruppe unter den 40–60jährigen nur mit 1,18 v. H., unter den 30–40jährigen nur mit 0,82 v. H. und unter den weniger als 20jährigen sogar nur noch mit 0,31 v. H. vertreten. Wo bleiben da die 50000 oder 100000 oder gar 600000 „Litauer“, von denen der „Nytas“ faselt!

In Sowjetrußland gibt es laut „Litauos Aidis“ nach der Statistik von 1927 etwa 42000 Litauer, doch sprechen von ihnen nur noch 22000 litauisch. In Zentralrußland leben etwa 18000 Litauer, von denen nur die Hälfte litauisch kann. Im gubischen Venedie zählt man 7000 Litauer, von denen noch 5000 litauisch sprechen. In der Provinz Tomarsk leben 7000 Litauer, aber die Mehrzahl aus ihnen ist assimiliert. Litauisch sprechen nur 3000. Eine sehr große Zahl Litauer lebt im östlichen Rußland, nämlich etwa 10000. Von ihnen sprechen noch 6000 litauisch. In einigen Stellen in Sowjetrußland leben die Litauer in kompakten Massen und bilden sogar besondere „Kolchoff“.

Der „Nytas“ fährt dann in seinem Artikel folgendermaßen fort: Was die Schulfrage anbelangt, geht es den Litauern in Vettland am besten, denn dort haben sie über zehn Volksschulen und ein Gymnasium in Riga. Diese Schulen bekommen noch litauische Staatszuschüsse. In Brasilien sind vier Volksschulen, in Argentinien zwei, in Vettland eine, in Ungarn eine, in England und Belgien je eine. In Nordamerika beträgt die Zahl der die Schule besuchenden litauischen Jugend 80000, doch werden Kirchspielstellen mit litauischer Sprache nur von etwas mehr als 10000 besetzt. Die Schulen in Brasilien und Argentinien werden von litauischen Staatsgelehrten unterhalten. Einige Schulen sind dort von privater Seite eröffnet worden. Für die Religionspflege sei am besten in den Vereinigten Staaten gelogt, wo die meisten litauischen Kirchspiele ihre Kirchen und ihre litauischen Pfarrer haben. Schlimmer sieht es in Vettland, wo litauische Kirchspiele oft litauische Pfarrer haben und die in Vettland vorhandenen etwa 50 litauischen Pfarrer litauischen Gemeinden faktisch sind. Das Vereinsleben ist in den Vereinigten Staaten am lebhaftesten. Die größten Organisationen seien dort die „Vereinigung der römisch-katholischen Litauer“ und die „Vereinigung der Litauer Amerikas“. Die Vereine hätten ihre Heime und ein großes Vermögen. In Vettland gebe es noch aus der Vorkriegszeit litauische Vereine. In Brasilien und Argentinien trete ein Vereinsleben wegen der mangelnden Intelligenz kaum in Erscheinung. Die Presse sei in den Vereinigten Staaten am weitesten entwickelt: Neben täglich erscheinenden litauischen Zeitungen gibt es sieben wöchentlich, einige unregelmäßig und andere periodisch herausgegebene Schriftchen. In Brasilien sind in Argentinien eine „Wochenchrift“ in Deutschland (Ostpreußen) ist es eine. In Vettland keine. Man möchte, fügt der „Nytas“ dieser Aufstellung hinzu, eine für die Litauer im Auslande bestimmte Zeitschrift in Litauen erscheinen lassen. Zum Schluß teilt das Blatt mit, daß der „Verein zur Unterstützung der Litauer im Auslande“ für 1935 einen Kongreß plane, zu dem Vertreter aller litauischen Kolonien erscheinen sollen. Litauen muß also offenbar und zusammenzufassen, wie es von polnischer Seite mit den polnischen Auslandsvolksgruppen geschieht.

## Das Unrecht an Memel.

### Der unterzeichnete Kandidat.

Die Nachricht über die Auflösung des Memellandtages, die von der gesamten litauischen Presse verbreitet und von dort auch von der deutschen Presse übernommen worden war, hat sich als unwohl herausgestellt. Die litauische Regierung hat diese Meldung — reichlich spät — demontiert, wobei abschließend so spät, um erst einmal die Wirkung, die eine Landtagsauflösung herbeiführen würde, zu prüfen. Die Prüfung scheint nicht nach Wunsch ausgefallen zu sein. Und so wurde nach den Urhebern der Nachricht gefolgert, mit dem Ergebnis, daß drei Judenblätter, „Memel“, „Volksblatt“ und „Das neue Wort“, sowie die litauische Zeitung „10 Semis“ als schuldig festgestellt und für die Dauer von drei Monaten verboten wurden. Danach kann man annehmen, daß die Regierung in Kauen einen anderen Weg als den der Landtagsauflösung einschlagen gedenkt. Die Auflösung würde nach dem Memelstatut zur Vereinfachung von Neuwahlen in spätestens sechs Wochen verpflichtend. Das scheint aber ein Experiment zu sein, von dem sich die Regierung, trotzdem sie alle Machtmittel zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung in der Hand hat, wenig Vorteil für ihre Absichten verspricht. Ein anderer Weg scheint ihr vorerst noch gangbarer zu sein: den gegenwärtigen Landtag bestehen zu lassen, ihn aber dauernd beschlußunfähig zu halten. Aber lange wird sie auch diese Methode nicht durchhalten können. Möglich, daß sie dann auf einen letzten Ausweg, die Willensäußerung der Bevölkerung des Memelgebiets zu unterdrücken, verfallt, nämlich den Landtag aufzulösen und die Wahlen für die Dauer des Kriegesustandes aus Gründen der „öffentlichen Ruhe und Ordnung“ auszuheben. Was die Kauerer Regierung auch tun mag, um zu ihrem Ziel zu gelangen, — auf legalen Wege ist dieses Ziel: die Eintaufung des Landes, die Ausschaltung des Deutschen aus den Selbstverwaltungsorganen und die Befestigung der Autonomie überhaupt, nicht zu erreichen. Dorthin kann man nur durch Anwendung von Gewalt, durch Rechtsbruch, Lüge und Betrug gelangen.

So verliert denn auch alles, was Litauen im Memelgebiet unternimmt, fortgesetzt gegen Anwalt und Ablicht des garantierten Statuts. Die litauischen Zentralbehörden haben beschlossen, Maßnahmen zur Vereinheitlichung der litauischen und memelländischen Polizeibehörden in Angriff zu nehmen. Das Mitglied der Memeler Bezirksdirektion, Schlegel, ist von seinem Posten abberufen worden, weil er einer der aufgelösten memelländischen Parteien angehört hat. Die Ausgabe des „Memeler Dampfboots“ vom 2. August ist beschlagnahmt worden, weil das Blatt angeblich eine wichtige, die litauische Außenpolitik betreffende Nachricht „unter Umgehung der amtlichen litauischen Telegraphenagentur“ veröffentlicht hat.

### Smetona 1925.

Es ist interessant, sich an eine Voge zu erinnern, die mit der heutigen Situation im Memelgebiet einige Ähnlichkeit hat. Im Jahre 1925 war auch ein Vizepräsident, Jousipaitis, gegen den Willen des Memellandtages zum Präsidenten des Direktoriums ernannt worden. Der heutige Staatspräsident Smetona stand damals in Opposition zur Regierung. Er nahm an dabei auch, nach der Memelpolitik anlangt, kein Blatt vor den Mund und wies sehr klar und richtig auf das Unrecht und die Gefahren hin, die sich für Litauen daraus ergeben können. Er schrieb damals in einem Artikel u. a. folgendes:

„Doch schon bei der Bildung des Direktoriums tauchten Mißverständnisse auf. Gegen den Willen der Landtagsmehrheit ernannte der Gouverneur Herrn Jousipaitis zum Präsidenten, welchem der

Landtag sofort das Mißtrauen aussprach. Wer von beiden trägt hier die Schuld: der Landtag oder der Gouverneur? Der Smetona hat beide recht, nicht aber in essentieller Hinsicht. Das Memeler Statut oder die Restitutions, unterschrieben [sowohl] von der litauischen Regierung als auch von der Vorkonferenzkonferenz, befaßt im Artikel 17:

„Der durch den Gouverneur ernannte Präsident amtiert, solange er des Vertrauens des Landtags genießt. Der Präsident ernannt die übrigen Direktoren. Das Direktorium muß das Vertrauen des Landtags besitzen und zurücktreten, sobald das Mißtrauensvotum ausgesprochen wird.“

Aus diesem Artikel geht klar hervor, daß bei der Ernennung des Präsidenten durch den Gouverneur mit der Landtagsmehrheit im Guten eine Verständigung herbeiführen muß; er kann nicht willkürlich, ohne Befragung der Mehrheit, den Präsidenten ernennen. Dies ist unsere Meinung über den Sinn des genannten Artikels. Hat die Regierung aber nun einmal das Statut unterschrieben, so muß es auch erfüllt werden. Außerdem ist es kein Geheimnis, daß wir durch die Gnade des Verfallenen Vertrages und der Vorkonferenzkonferenz das Gebiet erhalten haben. Daraus ergibt sich, daß die litauische Regierung zur Festigung der Bande zwischen Memel und dem übrigen Litauen das Vertrauen der dortigen Volksvertretung suchen müßte. Das Gebiet konnte nur mit Waffengewalt von Deutschland getrennt und Litauen zugesellt werden. Wenn dem so ist, dann hängt die Entscheidung des Rechts der Souveränität Litauens über das Memelgebiet auch von Deutschland ab. Deshalb muß die Politik Litauens Deutschland gegenüber eine Politik der Verständigung sein. Zwischen Deutschland und uns muß jeder Ärger vermieden werden.“

Das war im Jahre 1925. Unwissenlich ist Smetona mit Hilfe von Wölfen arde, den er kürzlich zum Dank dafür für 12 Jahre ins Licht haus sperren ließ, Staatspräsident und „Süßherz“ Litauens geworden. Ob er sich seiner damaligen Ausführungen noch noch erinnert? Und ob er wohl einsehend, daß er schon vor neun Jahren seine eigene Politik von heute treffend kritisiert und sie als Unrecht und Unernsthaft gebremst hat?

### Das sind die Garantien des Memelstatuts!

Im Unterhaus fragte am 31. Juli der Abgeordnete Mander den Staatssekretär des Äußeren, ob ihm bekannt sei, daß sämtliche Mitglieder des jetzigen Landesdirektoriums im Memelgebiet einer Minderheit angehören, die im Landtag durch nur fünf von insgesamt 29 Abgeordneten vertreten sei. Diese Zusammenfassung widerspreche dem Artikel 17 des Memelstatuts, für das England die Garantie übernommen habe.

Der Verdrisseneberrichter Eden antwortete: Nach Artikel 17 muß das Landesdirektorium das Vertrauen des Landtags besitzen. Ich habe erfahren, daß der Landtag für den 27. Juli einberufen worden ist.“

Mander fragte weiter: „Wird der Zusammenkunft die Aufgabe der Zusammenlegung des Landesdirektoriums, über die im Memelgebiet starke Erregung herrscht, aufmerksam im Auge behalten?“

Eden antwortete: „Das Ergebnis der Landtagsitzung vom 27. Juli ist mir noch nicht bekannt.“ (1)

## Offland-Woche.

### 23 Deutsche Zeitungen verboten.

Auf Beschluß des Direktors des Staatsicherheitsdepartements wurden 23 litauische und deutsche Zeitungen mit sofortiger Wirkung vom 3. August 1934 bis zum 1. Januar 1935 für die Einfuhr und Verbreitung in Litauen verboten. Begründet wird die Maßnahme damit, daß die betreffenden Zeitungen dauernd „beleidigende, die litauische Öffentlichkeit aufreizende Nachrichten und Artikel“ veröffentlicht hätten und eine „systematische Propaganda gegen die Souveränität Litauens im Memelgebiet“ geführt hätten; der Inhalt der Zeitungen lie der „Aufbauarbeit des unabhängigen Litauen“ schädlich. Von dem Verbot werden die folgenden Zeitungen betroffen: Volksfreund Beobachter, Preussische Zeitung (Königsberg), Königsberger Allgemeine Zeitung, Königsberger Tageblatt, Ermischsches Zeitung (Braunsberg), Berliner Tageblatt, Berliner Lokalanzeiger, Berliner Illustriertes, Rothlaussche, Das Tag Morgenpost, Kreuzzeitung, Frankfurter Zeitung, Hamburger Fremdenblatt, Hamburger Tageblatt, Berliner Börsen-Zeitung, Neue Leipziger Zeitung, Leipziger Kaufs Nachrichten, Sonntagmorgen, Deutsche Wochenchau, Deutsche Allgemeine Zeitung, Aufwärts, Damburger Tageblatt, Preussische Lehrer-Zeitung.

### Halb Königsblüte lebt von öffentlicher Unterstützung.

Die Stadt Königsblüte, die heute nach der Eingemeindung von Chorjow und Weicheluk Chorjow heißt, zählt gegenwärtig 14 000 registrierte Erwerbstätige; die Zahl der nicht im Arbeitsnachweis geführten Erwerbstätigen wird auf rund 7 000 geschätzt. Mitin ist bei einer Bevölkerungszahl von 104 000 Personen jeder

fünfte Einwohner ohne Arbeit. Durchschnittlich müssen auf jeden Arbeitlosen noch zwei Angehörige gesorgt werden. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß über die Hälfte der Einwohner auf die öffentliche Hilfe angewiesen ist. Die obige Zahl sagt nicht am besten charakterisiert durch die Annahmeprobe der Suppenküchen — über 4000 Mittagportionen werden dort täglich ausgegeben. Die Zerstörung des gewaltigen Arbeitsheeres bereitet den Körperflächen die größten Kopfschmerzen, weil die Hilfsmittel mit jedem Monat geringer werden. Von den registrierten Erwerbstätigen bezieht kaum die Hälfte die gesetzliche Unterstützung. Die Ausgeworfenen werden durch Sonderbeihilfen in Geld und Naturalien von der Wohnbevölkerung, von der Stadt und vom Ortskomitee unterhalten.

### Wasserbaupläne in Polen.

In der letzten Zeit rührt die polnische Presse erneut die Werbeterminale für den Plan einer direkten Wasserstraßenverbindung Dofens mit Danzig und Gdingen. Sie weist darauf hin, daß die augenblickliche Verbindung durch den Anlaufpunkt mit Dofen und dem Wartgebiet auf der unteren Webe reichsdeutsches Gebiet beruhe und dadurch eine erhebliche Verzerrung der Straßen nach sich ziehe. Der Bau eines Kanals Warts—Soplosee, so argumentiert sie, würde die Strecke zwischen Dofen und Bromberg um 150 km verkürzen und den Straßentransport Dofen—Danzig um drei Tage beschleunigen. Die Durchführung dieses Planes, der schon seit einigen Jahren bestrebt und ernsthaft vom polnischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, den Selbstverwaltungskörpern und den beteiligten Städten erlangen müßte, ließe durchaus im Interesse der polnischen Verkehrs-

politik. Allerdings dürfte er im Laufe der nächsten Jahre aus finanziellen Gründen kaum zur Ausföhrung kommen, da der Bau auf rund 100 Millionen Jötz erforderlich wärd. Nach dem Verkerksraum sind die Ausföhrungsbudgeten kaum über nur vorerleit die Werte und die untere Reihe im Umfang nach Danzig poliert haben, wärd die Notwendigkeit dieses Binnenwasserweges stark in Zweifel gezogen werden, zumal Döfen eine ausgezeichnete Wassererbindung nach der See über Stettin hat.

### Keine Wohnungen für Deutsche.

Der Höner Kratzky aus Groß-Dombroka (Ostoberschlesien), der seit zweiwählf Jahren arbeitslos ist und infolgedessen die Miete nicht mehr bezahlen konnte, wurde aus seiner Wohnung vertrieben. Nach Erhalt des gerichtlichen Urteils bezog sich K. zum Gemeindevorsteher von Groß-Dombroka, Sieja, und bat ihn um Zumeilung einer anderen Wohnung. Er wies darauf hin, daß seine Frau schwer berkrankt und bettlägerig sei, und legte sogar ein ärztliches Attest darüber vor. Die Antwort des Gemeindevorstehers war förtlich folgende: „Sch dich dort hin, wo du vorher gegangen bist. Geh auf die andere Seite, für „Germanen“ habe ich keine Wohnung.“ Die Erklärung für diese Antwort des Gemeindevorstehers bildet die Tatsache, daß Kratzky keine Kinder in die deutsche Schule führt. Am 26. Juli wurde die Kommission durchgeführt. Der Amtsvorstand stellte die Möbel von Kratzky im Haus für eines der Gemeindegehörenden Hauses unter. Die schwerkranke Frau Kratzky liegt im Saal auf dem Boden eines anderen Hauses; doch das will der Wirt dieses Hauses nicht mehr dulden. Kratzky selbst ist ohne fünf Kinder selten sich vor verkommen Bekannten und Verwandten auf. Da aus der Äußerung des Gemeindevorstehers klar hervorgeht, daß Kratzky nur deswegen von der Gemeinde keine Wohnung zugewiesen erhält, weil er sich zum Deutschum bekennt, wurde Beschwerte beim Minderheitsrat gegen Gemeindevorsteher Sieja erhoben.

### Klage ehen. Deutscher Eisenbahner in Ost-Oberschlesien abgelehnt.

Eine größere Anzahl von Eisenbahnern, die nach der Teilung Oberschlesiens aus den Diensten der Reichsbahn ausstiegen und von den polnischen Staatsbahnen übernommen wurden, hatte auf Grund der Art. 4 und 5 der Genfer Konvention die polnische Eisenbahnverwaltung auf Zahlung von 1000 Zloten an Rückgehörenten nach den deutschen Bestimmungen auf Zwangsverrechnung Zwölgen und Rückgehörenten der Beiträge an die „Penkowskif“ verweigert. Die Rückgehörenten der Beiträge an die „Penkowskif“ verweigert sich durch Anwendung der polnischen Gesetze gefädigt fühlten. Die Kläger begründeten diese Ansprüche damit, daß sie als etatsmäßige deutsche Eisenbahnbeamte bei der Übernahme in den polnischen Eisenbahndienst alle im deutschen Dienst erworbenen Rechte auf Gehalt und Pension auch dem polnischen Staat gegenüber behalten hätten.

Das um Entschädigung angegangene Schiedsgericht für Oberschlesien wies ihre Klage zurück. Die Kläger seien niemals „Reichsbahn“ gewesen. Sie könnten sich auch nicht auf den Artikel 4 und 5 des Genfer Abkommens (woherheraus Rechte) berufen. Es gebe keine völkerrrechtliche Bestimmung, die den ein Gehört übernehmenden Staat verpflichten würde, die auf diesem Gebiete beschäftigten Beamten ohne weiteres zu übernehmen. Auch das Genfer Abkommen enthalte keine derartige allgemeine Bestimmung. Schließlich konnte auch die Beratung auf den Beschluß des Ministerials des Polens vom 9. März 1922, der Zulieferungen brachte, keinen Erfolg vor dem Schiedsgericht haben. Die Zulieferungen betreffen lediglich das innerstaatliche Verhältnis zwischen dem neuen Staat und diesen Beamten, das keine internationalen Verpflichtungen erzeuge. Der Anspruch auf Zahlung der Rückgehörenten unter Zugrundelegung der deutschen Bestimmungen sei aber schon im Hinblick darauf abgelehnt, daß infolge der Inflation die Gehörenten in den nächsten ein großes Umlaufvermögen erfahren haben. Mit dieser Entscheidung des Schiedsgerichts für Oberschlesien läßt die seit Jahren bestehenden Hoffnungen der in polnische Dienste getretenen früheren deutschen Eisenbahnbeamten für immer erlöscht.

### Deutsche vor Gericht.

Der dem Ratibmer Appellationsgericht wurde die Berufungsverhandlung gegen 31 Deutsche aus Sienionowich und Umgebung, denen nach der Ankolagechrift „Wiersten“ gegen die Staatsgewalt „Abföhrung und Überfall auf die „Polizei“ vorgenommen wurde, zu Ende geführt. Es handelte sich um die Vorfälle vom September vorigen Jahres. Die Angeklagten hatten an einer Versammlung der „Deutschen Partei“ in Katowice teilgenommen. Am 2. März 1923 in der ersten Verhandlung fanden sie teilweise Wandelnde. In der Nähe von Courabutte kam es dann zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, der die Ursache zu dem „Prozess“ war. In der ersten Instanz wurden die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von sieben bis zehn Monaten verurteilt. Das Appellationsgericht ließ nunmehr die Anklage auf Überfall auf die Polizei und Widerstand gegen die Staatsgewalt fallen. Es hielt nur ein Vergehen gegen den § 123 betreffend Menschenaufbau und Verletzung für erwiehen. Das Urteil lautete auf je vier Wochen Arrest mit Bewährungsfrist für sämtliche Angeklagten. Die Bewährungsfrist dürfte

jedoch keinen praktischen Wert mehr haben, da die Verurteilten durchwegs zwei und mehr Monate in Untersuchungshaft verbracht haben.

Der Kreisgericht in Königshütte hat gegen zehn Deutsche in Antonienhütte und Umgebung Anklage wegen angeblicher Geheimbündelei erhoben. Nach der Ankolagechrift sollen die Angeklagten in Antonienhütte eine „Deutsche Freier für Polen“ gegründet haben, deren Bestehen und Zweck nur den Behörden geheimgehalten worden sei. Die Kreisbehörden seien dieser Organisation jedoch bereits in ihren Anfängen auf die Spur gekommen, so daß sie nicht über Antonienhütte hinausreichte.

### Entpolnierung der Gewerkschaften.

Ein Zeichen der polnischen Vereinigung, die sich in Polen vollzieht, ist die Auflösung der Gewerkschaften von den Parteien. Teils vollzieht in diese Auflösung freiwillig, teils unter dem Druck der Regierung. So hat die Landesvereinigung Krakau der Christlichen Gewerkschaften erklärt, daß sie sich von den politischen Einflüssen der Christlichen demokratischen Partei Korsantus freimachen und in Zukunft ihre Tätigkeit ausschließlich zum Wohl des Vaterlandes und der Kirche, und zwar nur auf gewerkschaftlichem und kulturellem Gebiete ausüben und für die christliche Arbeiterschaft kämpfen wolle. Zum fufthabten Zeichen dieser Entpolnierung haben die Gewerkschaften ihre Büros aus dem Parteigebäude verlegt.

Weiter hat der Vorstand der Vereinigung der polnischen Berufsverbände beschloffen, daß keiner der Verbandsfunktionäre sich politisch betätigen dürfe. Da mehrere Vorstandsmitglieder der Vereinigung der Nationalen Arbeiterpartei angehören, zum Teil sogar Abgeordnete dieser Partei waren, mußten sie ihre politischen Ämter niederlegen, sofern sie nicht aus dem Berufsverbände ausstiegen wollten. Durch diesen Beschluß hat sich die Vereinigung von der Nationalen Arbeiterpartei, die zur Regierung in Opposition steht, distanziert. Es bleibt abzuwarten, welche Folgen dieser Schritt für die Haltung der Berufsverbände gegenüber der Regierungspolitik haben wird.

An die Tätigkeit einer Reihe von Gewerkschaften hat die Regierung selber eingegriffen. Die „Polnische Polizei“ hat in den „Ragioner“ Geschäftsräumen des Zentralverbandes der Gasthaus- und Hotelangehörten, des Berufsverbandes der Zuckerbäckergehörenten und des Berufsverbandes der Küchenmeister Hausdurchsuchungen vorgenommen und zahlreiches belastendes Material beschlagnahmt. Die Geschäftsräume der drei Gewerkschaftsverbände wurden verriegelt. Die „Polizei“ soll festgehalten haben, daß diese Gewerkschaften enge Föhrung mit kommunizistischen Kreisen gehabt und sich staatsfeindlich betätigt haben. Mit der Auflösung der drei Verbände ist zu rechnen.

### Weitere Maßnahmen gegen Plek.

Das Ratibmer Volksmodschafstamt hat neue Maßnahmen gegen den „Primen von Plek“ angeordnet. Am 10. August soll die gefomte Schloßeinrichtung des Stammschloßes Plek sowie des Schlosses in „Promaitz“ zur Zwangsversteigerung kommen. Am gleichen Tage soll auch in den förtlichen Sägewerken der „Plekan“ an Schütthölzern die Arbeit eingestellt werden. Es ist bisher den „Primen“ oder Bemühungen nicht gelungen, mit den polnischen Behörden in der Frage der Steuerrückstände zu einem Einverständnis zu kommen. Die polnische Presse gibt unumwunden zu, daß die neuen Steuerforderungen erfolgen, weil der Prinz kein „loyaler Staatsbürger Polens“ sei. Die „Alloyalität“ besteht nach Ansicht der polnischen Presse darin, daß der Prinz trotz aller verletzten und offenen Aufforderungen von polnischer Seite den „Wort“ im Deutschen Volksbund bisher nicht niedergelegt hat.

Die Arbeiter der Gruben des „Fürsten“ von Plek haben schwer darunter zu leiden, daß die förtliche Veranlassung der Zwangsmaßnahmen des Sienionowich in der Lage ist, die Föhrer bei ihrer Tätigkeit wohl an die Bergarbeiter auszuhebeln. Indem diese immer und mit Teilzahlungen abfinden wolle. Infolgedessen fand in Katowice eine Wegschaffungsverammlung der „Berufschäfte“ statt. An der Versammlung wurde die vorgewiesene Lage der Arbeiter geschildert, die an den Tagen der Föhrerschaft den ganzen Tag über auf der Grube warten in der Hoffnung, daß vielleicht Geld für die Auszahlung der Löhne eintreffe. In einer Entscheidung wurde Protest erhoben gegen die Wegschaffung der für die Lohnzahlung bestimmten Gelder durch das Sienionowich und gegen die unzulässige Behandlung, welche eine Delegation der Bergarbeiter bei dem Föhrer der Sienionowich in Ratibmer Kohlenberg erfahren haben mußte. Weiter beschloffen sie sich mit den Beschloffen der übrigen „Pleker“ Gruben in Verbindung zu setzen, um durch ein gemeinsames Vorgehen endlich wieder die regelmäßigen Lohnzahlungen zu erreichen.

### Die Polen in der Tschechien.

Die polnischen Abgeordneten des Prager Parlaments sind in die Regierungskoalition ausgetreten. Dieser Schritt hat in der polnischen Minderheit allgemeine Zustimmung gefunden; er wird als ein Wendepunkt in der Politik der polnischen

Volksgruppe in der Elchehoslowakei angehen, die sich bisher trotz aller Schikanen dem Regierungsblok zur Verfügung gestellt haben. Jetzt wird eine Oppositionsbildung begehrt, und die Polen haben sich bereits nach Bundesgenossen unter den Slowaken und Ukrainern sowie den tschechischen Oppositionspartien um, mit denen sie einen slawischen Wahlblock „zum Kampf um die Ordnung und Gleichberechtigung in der tschechoslowakischen Republik“ zu bilden beabsichtigen. Es ist natürlich eine große Frage, ob die anderen slawenmäßig viel stärkeren slawischen Volksgruppen der Elchehoslowakei sich der polnischen anschließen werden.

### Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Wie von Seiten des Danziger Senats amtlich mitgeteilt wurde, wurden die seit gerumer Zeit zwischen Danzig und Polen geführten Verhandlungen zur Regelung verschiedener strittiger Fragen, wie der Einfuhrkontingente für Danzig, des Verkehrs mit Lebensmitteln, der Marktzugelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fische, des Veterinärverkehrs und Pflanzenschutzes sowie einer Reihe von Zollangelegenheiten am 23. Juli zu einem gewissen Abschlus gebracht. Die fertiggestellten Abkommensentwürfe werden jetzt von beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt werden.

### Deutsch-polnische Grenzübergänge

Der „Dziennik Ustaw“ veröffentlichte die deutsch-polnische Vereinbarung vom 17. März d. J. über Zollfragen und landwirtschaftliche Übergänge, die damit in Kraft tritt. Nach dieser Vereinbarung bestehen insgesamt 95 anerkannte Zollstraßen, die von Deutschland nach Polen führen, sowie 33 sonstige Grenzübergänge, die nur zu bestimmten Zeiten oder zu bestimmten Zwecken benutzt werden können, wie beispielsweise zum Kirchenbesuch, für die Goldherbringung von Holz usw. Die Vereinbarung findet auf Übergänge im Eisenbahnverkehr sowie auf Wasserstraßen keine Anwendung. Das Abkommen ist auf die Dauer von sechs Jahren abgeschlossen worden.

### Die Autofahndler für erleichterten Wagenimport.

Die Vereinigung der Automobilhändler Polens hat kürzlich eine Resolution erlassen, in der sie auf Grund inhaltlicher Argumente für weitgehende Zollbefreiungen bei der Einfuhr ausländischer Automobile eintritt. In dieser Schrift heißt es u. a., daß Polen gegenwärtig 26 133 Kraftwagen besitze, d. h. einen Kraftwagen auf 1360 Menschen. Wäher nehme Polen hinter Algier, Mexiko, Argentinien, den Philippinen

und China die vierzigste Stelle in der Welt ein. „Aus der Brolsbüre geht hervor, daß die Zahl der registrierten Kraftwagen in Polen seit 1927 (nämlich am 1. Januar) folgende Entwicklung zeigt:

1927: 16 500 Kraftwagen,	1931: 39 000 Kraftwagen,
1928: 22 000 „	1932: 28 000 „
1929: 29 500 „	1933: 25 245 „
1930: 37 000 „	1934: 26 133 „

Um diesen enormen Rückgang in der Motorisierung des Landes erklären zu versuchen, spricht sich die Schrift für weitgehende Erleichterungen in der Verbesserung und Registrierung von Kraftwagen nach deutschem Muster aus. Da die Befürchte, eine eigene Automobilindustrie im Lande zu schaffen, missglückt sein, wird eine möglichst starke Senkung der Einfuhrzölle gefordert, mit dem Hinweis, daß durch den damit zu erwartenden erhöhten Import die Zollrücknahmen des Staates wesentlich freiger werden.

### Die Neugestaltung der Handelskammern in Polen.

Nach eine neue im Staatsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung des Handelsministers wird die Zahl der Handelskammern in Polen auf 10 festgelegt. Die bereits im vergangenen Jahre geschlossene Handelskammer in Bromberg und die Handelskammer in Bieleß werden aufgelöst. In diesen beiden Handelskammern hatten die deutschen Industriellen und Kaufleute noch eine gewisse Bedeutung. Nach der neuen Verordnung wird für die ganze Weichsel-Mündungs-Schleife nur die Handelskammer in Kattowitz tätig und der Weichsel-Industrie-Kreis ihr unterstellt sein. Die übrigen Handelskammern befinden sich in Warschau, Polen, Krakau, Lodz, Lemberg, Lublin, Ödgingen, Wilna und Sosnowitz.

### Graf Kaczynski

Der Weichsel von Polen, Graf Kaczynski, wurde zum Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium ernannt. Diese Ernennung eines Vertreters des Polener Adels wird in gewissen Kreise als Gegenmaßnahme gegen den neuen Landwirtschaftsminister Poniatowski angesehen, der einer Weichselniederung der Kleinbauern untersteht. — Zum künftigen Stadtpräsidenten von Warschau ist an Stelle der vom Innenministerium ernannten Obersten Reichskommissar der frühere Unterstaatssekretär im Finanzministerium und jetzige Vizepräsident der polnischen Landeswirtschaftsbank Starzynski ernannt worden und nicht der Weichsel von Kattowitz, Grajzinski, wie das Gerücht umging.

## Englische Anleihe für Polen.

Polen ist als ein kapitalarmes Land überhaupt in der Lage, eine großen Straßenbau-, Elektrifizierungs- und sonstigen Projekte einzuführen. Es ist bei diesen Maßnahmen, deren Durchführung Hunderte von Millionen kostet, auf die Finanzhilfe des Auslandes angewiesen, zumal jetzt, da alle verfügbaren Mittel wohl auf längere Zeit für den Wiederaufbau der von der Schmalferkatastrophe heimgesuchten Gebiete verwendet werden müssen. Polen findet auch, indem sich seine politischen Verhältnisse durch die Verbindung mit Deutschland gefestigt haben, bei den Wirtschaftskreisen des Auslandes größeres Entgegenkommen als früher. Treulich kommt es den ausländischen Geldgebern nicht auf eine bloße Kreditoperation an, sondern sie gehen darauf aus, mit der Herabgabe von Krediten eine Steigerung ihres Handelsverkehrs zu bewirken. Ein Beispiel hierfür sind die Verhandlungen über die Finanzierung des Straßenbaues in Polen, die nach polnischen Preisverleugungen zur Zeit zwischen einem englischen Autokonzern und maßgebenden polnischen Stellen stattfinden. Polen soll sich dafür, daß ihm eine Anleihe für den Ausbau seines Straßennetzes zur Verfügung gestellt wird, verpflichten, dem Konzern gewisse sehr weitgehende Zollermäßigungen für die Einfuhr seiner Kraftwagen zuzugestehen. Ein Blatt nennt als Darlehenssumme den Betrag von 800 Millionen Goley (1), für welchen Betrag innerhalb 10 Jahren 5700 Kilometer Straßen in Polen gebaut werden sollen. Der „Danziger Kurieren“ veröffentlichten einen Bericht über den Londoner Mitarbeiter, der von einem englischen Anleiheangebot von 30 Millionen Pfund Sterling an Polen für Straßenbaumaßnahmen weiß. Ein ähnliches Angebot soll auch von einer amerikanischen Seite vorliegen, die sogar bereit ist, in Polen eine eigene Autofabrik einzurichten. Da der gegenwärtige Kraftwagenbestand Polens die Zahl von 25 000 nur wenig übersteigt, glaubt man in englischen Automobilfabrikantenkreisen, daß bei einem Ausbau des Straßennetzes ungefähr 5—10 000 Wagen jährlich in Polen abgesetzt werden könnten. In polnischen Wirtschaftskreisen will man den letzten Londoner Besuch des Obersten Slowak mit diesen Anleiheplänen in Verbindung bringen. Der Krakauer „Aufbau“ (kurios „Gdanyu“) schreibt jedoch, daß ein vollständiger Stellen eines solchen Anleiheangebot nicht bekannt sei. Da sich diese Gerüchte jedoch seit einiger Zeit hartnäckig behaupten, dürfte sie einen Kern Wahrheit enthalten, wenn auch die verblüffentlich genannten Summen, die die Höhe von fast zwei Dritteln des polnischen Jahreshaushaltsplanes erreichen, weit übertrieben sein dürften. Sicher ist, daß Polen zur Durchführung seines Straßenbauprogramms fremder Hilfe bedarf.

## Polen und die deutsche Devisenpolitik.

Von polnischer Seite wird die deutsche Devisenpolitik als ein Hauptbindnis für die Ausgestaltung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen bezeichnet. Die „Polka Gospodarcza“, die Wochenchrift des Warschauer Handelsministeriums, hat sich kürzlich mit der Frage der Devisenpolitik befaßt; Polen habe von Deutschland eine Sonderbehandlung auf devisenpolitischem Gebiet zu beantragen, denn es gehöre in keine der drei Ländergruppen, mit denen es die deutsche Devisenpolitik zu tun habe: Es habe keine Beschränkungen des Devisenhandels, es sei kein Übergangsland und gehöre auch nicht in die Gruppe der Überfaktaländer. Polen habe deshalb eine besondere Vorkursbehandlung von Deutschland zu erfordern; der jetzige Zustand könne sich mit Rücksicht auf die völlige Unfreiheit für den polnischen Ausfuhrhändler nicht länger fortsetzen.

Der in der „Beziehungen“ genannte, „Gajeta Gopodarcza“ neu der Tatsache aus, daß seit März d. J., d. h. seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsprotokolls, die Einfuhr Polens aus Deutschland etwas gestiegen, die Einfuhr Deutschlands aus Polen dagegen etwas zurückgegangen ist. Das polnische Blatt sieht darin einen Beweis dafür, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen einseitig zu Deutschlands Gunsten ausgemerkt habe. Diese Art der „Gajeta Gopodarcza“, die Dinge zu betrachten, ist jedoch grundfalsch. Ich am der Lage gerecht zu werden, muß man die Entwicklung des deutsch-polnischen Warenverkehrs innerhalb eines längeren Zeitraumes und vor allem das gegenwärtige Verhältnis von Ein- und Ausfuhr betrachten. Die polnische Seite über, daß die deutsche Ausfuhr nach Polen in den ersten fünf Monaten der laufenden Jahres im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres um 40 p. h. zurückgegangen, die polnische Einfuhr nach Deutschland dagegen ein wenig gestiegen ist; und vor allem zeigt es sich, daß der Wert der deutschen Einfuhr aus Polen den der deutschen Ausfuhr dorthin in den ersten fünf Monaten dieses Jahres fast um das Doppelte übertrafen hat. Die Handelsbilanz ist für Polen also stark aktiv.

Die „Polka Gopodarcza“ hat gar keinen Grund, ihre Ausführungen in der „Beziehungen“ einleiten zu lassen, daß Gleichgewicht in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen durch die deutsche Devisenpolitik „schlecht ergriffen“ ist. Ein Grund ist, daß die polnische Seite nicht erst durch eine Besserung der polnischen Einfuhr nach Deutschland bzw. durch eine Steigerung der deutschen Einfuhr nach Polen, also durch einen Ausgleich der Handelsbilanz hergestellt werden. Wenn demnach Polen dem deutschen Export kein Entgegenkommen zu zeigen bereit ist, wird es eine Schrumpfung seines eigenen Exportes nach Deutschland als unannehmlich in Kauf nehmen müssen.

## Einigung im Fall Zyrardow.

Der Monaten kam es wegen der Textilwerke Zyrardow zu einem ernstlichen Konflikt zwischen Polen und Frankreich. Die polnische Presse richtete scharfe Angriffe gegen das in Polen tätige französische Kapital; die polnische Regierung wandte sich öffentlich und in diplomatischen Verhandlungen gegen die Ausbeutermethoden des „Kolonialkapitals“ über die Zyrardower Werke wurde durch Urteil eines polnischen Gerichts die Gesellschaftsaffäre verhängt; Frankreich sortierte den Werken die Mittel und drohte mit der Stilllegung des Unternehmens, dessen überwiegende Aktienmehrheit sich in seinem Besitze befindet. Nachdem man dann lange Zeit über den „Fall Zyrardow“ in der Öffentlichkeit nichts mehr gehört hatte, kommt jetzt die Nachricht, daß der Konflikt, und zwar im wesentlichen zugunsten der polnischen Aktionärsgruppe, beigelegt worden ist. Diele erhielt dort von fünf Seiten des Revisionskomitees. Im Vorstand ist für durch zwei Mann vertreten. Zur Schlichtung und Prüfung polnischer Seite Prof. Krzyzaniowski, einer der Eingetragten im Streit um Zyrardow, von französischer Seite der Präsident der „Dachau“ „Böckelkammer“ Pabbe angehören und zu dessen Vorständen ein Pole, entweder der ehemalige Außenminister Jolecki oder der Rüst Janus-Rozymil, berufen werden soll. Die Franzosen sollen überdies alle widerrechtlich abgehobenen Beträge zurückzahlen und das Werk zu seiner vollen Leistungsfähigkeit ausbauen. Demnach hat Frankreich im Falle Zyrardow vor seinen polnischen Schuldnern zurückzuziehen müssen.

Es lie in diesem Zusammenhang noch einmal an die Geschichte dieses typischen Falles französischer „Sinnbilis“ für befreundete Länder erinnern. Der Ort Zyrardow, der an der Strecke Kobz—Worschow liegt, hat seinen Namen von dem französischen Ingenieur Girard, der vor über hundert Jahren dort eine Eisenbahn begründete. Oben Aufschon verband die Stadt den Deutschen, die die notleidende amordene Manufaktur ein Jahrzehnt später übernommen und zu einer Höhe und Größe entwickelten, daß der Name Zyrardow zum Anberst einer der bedeutendsten und angesehensten Firmen und einer blühenden Industriestadt wurde. Zu einer Zeit, als im alten Anstand noch niemand an Volkswohlfahrt dachte, stießen der Deutsche Dietrich und später sein Sohn Schulen, Kinderheim, Krankenhaus, Werkparkalle, Altersheim, Invalidenfürsorge. An einem schönen Werkseim fanden Arbeiter und Angestellte Erholung,

Geselligkeit und Fortbildung, 9000 Arbeiter und ein großer Aufstellungsbau hatten bei Kriegsausbruch ihr Brot in dem ausgebauten Spinnereien, Webereien und Zirkelreien und sie galtten als der Edel der Arbeiterklasse. Der Glanz und das Ansehen der Firma, die Tüchtigkeit, Geschäftsmut und soziale Stellung ihres Leiters trafen sich ihnen mit. Am Kriege aber zerstörten die Russen die Fabrik auf ihrem Rückzuge so gründlich, daß kaum ein Stein auf dem andern blieb. Schon während der Zeit der deutschen Besetzung wurde mit dem Wiederaufbau begonnen. Nach dem Kriege kam das Werk unter staatliche Inangenschaft. Die Fabrik kam wieder auf eine Beschäftigtenzahl von 5600. Aber eine Dauererichtung konnte die staatliche Inangenschaft natürlich nicht leisten, so kam die Aktienmehrheit eines Eages in die Hände eines Konjunktions französischer jüdischer Bankier. Sündst Idien alles gut zu gehen. Aber im Jahre 1926 wurde der Vertrauensmann der Franzosen in der Zeitung des Werkes durch einen neuen Generaldirektor ersetzt, einen Kaffler namens Köhler-Wadin, der sich in der Schweiz hatte naturalisieren lassen. Ein Mann, der rückstlos die Geldinteressen seiner Auftraggeber vertrat, dem jedes soziale Empfinden fehlte, der die einseitigen Angestellten auf die Straße warf und durch Franzosen ersetzte und die Gesamtleistung der Werke schließlich auf 2100 herabdrückte. Er war bei Arbeitern und Angestellten verhaßt. Die ganze Stadt, die ja von der Werke lebte, haßte den Fremden. Im April 1932 wurde er in Warschau von einem entlassenen Angestellten seines Werkes auf offener Straße erschossen. Der Täter wurde vom Gericht nur zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, und in der Verurteilung Öffentlichkeit nicht als Mörder, sondern als der Räuber der Unterdrückten. Damals begann sich die allgemeine Aufmerksamkeit dem Fall Zyrardow zuzuwenden. Es wurden unsaubere Geschäftspraktiken der französischen Aktionäre und ihrer Beauftragten entdekt, Schließungen, Steuerunterziehungen, Bilanzverfälschungen, Knebelhalter für die Kundstremden, Hungertöpfe für die heimliche Angestellten- und Arbeiterklasse. Zyrardow wurde zum Symbol des Kampfes gegen die finanzielle Verklammerung des polnischen Volkes durch Frankreich. Im Frühjahr d. J. kam es zum offenen Konflikt, aus dem nunmehr die polnische Seite als — vorläufiger — Sieger hervorgeht.

## Die Richtlinien des Deutschen Volksbundes.

Am 28. Juli fand in Kattowitz die Jahreshauptversammlung des Deutschen Volksbundes. Der Vorsitzende des Volksbundes wurde Prinz von Pisch wiedergewählt. Vizepräsident ist der Sejmabgeordnete Franz. 2 Vizepräsident Bürgermeister A. D. Michalski. Als 1. Geschäftsführer gehört Dr. Ullrich, als Syndikus Alfons Libera dem Vorstande an. Folgende Grundzüge und Richtlinien für die Arbeit des Deutschen Volksbundes wurden beschlossen:

1. Der DVV. treibt die Zusammenfassung aller Menschen deutscher Sprache, deutschen Denkens und Strebens in der Weimarer Republik. Er dient dem Aufbau der deutschen Volksgemeinschaft. Die deutsche Volksgemeinschaft ist nicht Zwangs-, sondern Einigungsgemeinschaft. Ihr Fundament ist die Liebe zum Volkstum durch Bekanntheit und Tat.

2. Der DVV. fordert von seinen Mitgliedern das offene unbeirrte Bekanntheit zum Deutschtum. Dieses Bekanntheit ist unabhängig von der politischen oder religiösen Überzeugung des einzelnen. Der DVV. lehnt jeden Anprang von politischen Parteien auf eine Sonderstellung in ihm ab. Der DVV. ist nicht der Vertreter der staatsbürgerlichen politischen Rechte des Deutschtums.

3. Der DVV. fordert von seinen Mitgliedern unbedingt staatsbürgerliche Pflichterfüllung. Er fordert von ihnen die glückliche Abtug vor dem polnischen Volks und seiner Kultur, die wir als Deutsche für unser Volkstum beanspruchen.

4. Die deutsche Volksgemeinschaft in Polen unterliegt in ihrem völkischen und in der Gestaltung ihres politischen Lebens ihrer Eigenartlichkeit. Sie darf keinem von außen kommenden politischen Einfluß hörig sein. Der DVV. lehnt jeden solchen Einfluß ab. Als Glied des deutschen Volkes haben wir teil an dem schicksalsschweren Ringen um die Neugestaltung der Weltgeist unsres Volkes. Dieser Erscheinung kann sich kein Deutscher entziehen. Wer die neu sich bildende Weltgeist ablehnt, muß sich der Verantwortung bewußt bleiben, die jeder Deutsche für den Ruf und das Ansehen seines Volkes trägt. Unser nationales Gewissen verbietet, unser Mutterland vor anderen Völkern vorzüglich zu machen oder anderen Völkern die Möglichkeit zu geben, Deutsche als Jensegen des deutschen Strebens anzusehen. Der DVV. soll Deutsche, die gegen diese Pflicht nationaler Verantwortung verstoßen, aus seinen Reihen ausschließen. Vor einem solchen Beschluß hat der Vorstand der zuständigen Bezirksvereinigungen seine Pflicht und ihre Begründung dem Verwaltungsrat und dem Hauptvorstand mitzuteilen, die in gemeinschaftlicher Beratung dazu Stellung nehmen werden.

5. Die Erhaltung unserer völkischen Eigenart und die Wahrnehmung der uns nach nationaler Rechtsanschauung zugehörigen Rechte erfordert Entschlossenheit zur Klärung. Aus Kenntnis der eigenartigen sprachlichen Verhältnisse unserer Heimat und in Kenntnis der Tatsache, daß die Sprache nicht die ausschließliche Voraussetzung für das nationale Bekanntheit des Oberbegriffers ist, erklären wir: Der Oberbegriff, der sich zum Deutschtum bekennt, hat die Pflicht, in seiner Familie unter kostbarsten Kulturgut, die deutsche Sprache, zu pflegen. Wenn er dieser Pflicht genügt, so muß und wird auch sein Kind der deutschen Sprache mächtig sein. Die deutsche Schule darf nicht dem Vorwurf ausgesetzt sein, als Mittel zur Entnationalisierung polnischer Kinder mißbraucht zu werden. Die für die deutschen Schulen gemeldeten Kinder dürfen Jollen der deutschen Sprache mächtig sein.

6. Völkischkeit ist nicht der Beitragsfrage. Es ist Mitgliedern dürfen nur von Deutschen aufgenommen werden, deren deutsche Volksgemeinschaft außer Zweifel steht. Der angemessene Mitgliederbestand ist das sorgfältigste in dieser Hinsicht zu überprüfen. Wenn nationalpolitischen Organisationen ansonst, die deutschfeindliche Bestrebungen verfolgen, kann nicht Mitglied des DVV. sein. In Deutscher, der sein Kind in eine polnische Schule schickt, wenn am Orte eine deutsche besteht, kann nicht Mitglied des DVV. bleiben oder werden. Ein Deutscher, der den Mitgliedschaft des DVV. in Anspruch nimmt und willentlich unwahre Angaben macht, die den Veränderungen berechtigten Anprang zu Vorwürfen gegen den DVV. geben, ist als Mitglied auszuschließen.

8. Kein Mitglied hat Anspruch auf erbliche oder sonstige Unterstellungen. Im Falle der Hilfsbedürftigkeit soll im Rahmen der vorhandenen Mittel geholfen werden. Unterstellungen sollen grundsätzlich erst nach einjähriger Dauer der Mitgliedschaft gewährt werden. Bei Ausnahmen entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirksvereinigungen. Bei gleicher Bedürftigkeit hat das ältere Mitglied den Vorrang.

9. Die Einrichtungen des DVV. (Wanderheime, Ferienlager, Erholungsanstalten usw.) stehen in erster Reihe seinen Mitgliedern offen. Erst wenn dem Bedürfnis der Mitglieder Rechnung getragen ist, können auch Nichtmitglieder berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung von Nichtmitgliedern hängt von dem Gutachten des Vorstandes der zuständigen Bezirksvereinigungen über ihre deutsche Volksgemeinschaft ab.

10. Beilassen an deutsche Vereine Jollen grundsätzlich nur dann gewährt werden, wenn zur Zeit der Antragstellung mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder die Mitgliedschaft im DVV. besitzt.

# Leitsätze der Jungdeutschen Partei für Polen.

1. Wir sind Glieder des großen deutschen Volkes und wollen an seiner Kultur und geistigen Entwicklung teilhaben.
2. Als Deutsche sind wir Christen. Wir machen keinen Unterschied zwischen Katholiken und Evangelischen und kennen keine Streitigkeiten in dieser Hinsicht. Wir verwerfen das Scheinbrotamt und wollen den christlichen Glauben durch die Tat bezeugen.
3. Wir sind Sozialisten. Tiefstes soziales Verantwortungsgefühl gegenüber jedem Volksgenossen macht es uns zur Aufgabe, die grundwichtigsten Fehler und Mängel unseres Wirtschafts- und Kulturlebens zu bekämpfen.
4. Wir sind keine Marxisten. Der internationale Marxismus hat dem deutschen Menschen überall nur geschadet. Er hat uns Deutsche in völkischer und sozialer Hinsicht irregeführt.
5. Wir bekämpfen das internationale Sinesy- und Feibkapital, weil es bestrebt ist, die gesamte Wirtschaft unter Antreibung des schaffenden Menschen für seine Machtgierde auszunutzen.
6. Wir wollen die Wirtschaft in ihrem ureigensten Zweck zurückführen. Sie ist dazu bestimmt, den Volksgenossen zu dienen. Bisher haben sich nur einige wenige bereichert. Unser Grundsatz ist: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.
7. Wir erkennen das Privateigentum an. Jedoch muss es ehrlich erworben sein und so angewendet werden, daß es der Volksgemeinschaft dient.
8. Wir lehnen jede Gemeinschaft mit dem Juden ab, da er weder dem Blute noch der Rasse oder Abblomung nach zu uns gehört. Deswegen können wir auch einen Juden nie als Deutschen anerkennen, selbst wenn er die deutsche Sprache als seine Muttersprache beizieht.

## „Der Gesellige“ und das Jahr 48.

Nach der Niederlage von 1830/31 hatten die Polen mit ihrem Königreich nicht auch die Hoffnung auf dessen Wiederaufrichtung zu Grabe getragen. Als schließlich auch der von der Kaiser Emigration 1846 angezeigte allgemeine Polenaufstand ein Schicksal ins Wasser wurde, bekam die kaum erst selbständige Bewegung durch die Revolution von 1848 neuen Auftrieb. Durch den Gebodnigen Friedrich Wilhelms IV. erhielten neben vielen anderen Elementen auch die Landesverträter Mikrosławski, Dr. Ułbelski und Genossen die Freiheit wieder, die sie sofort dazu benutzten, einen neuen Aufstand in Siene zu legen. Die Polenführerschaft Friedrich Wilhelms IV., die romantische Polenschwärmerie seiner Gage, die auch so manchen deutschen Regierungsbeamten in Berlin und in der Provinz das Verständnis für die Probleme des Ostens nahm, und der unzulässige Schwund, den die Regierung dem Reichsgebiet angedeihen ließ, verschaffte dem Rebellentum leichtes Spiel. Während der König mit der polnischen Delegation verhandelte und ihr Zugeständnisse betriebs der Reorganisation des Großherzogtums Polen machte, erließ das polnische Nationalkomitee, das sich in Polen gebildet hatte, Instruktionen „an die polnischen Brüder, welche im preussischen Heere dienen“ und forderte zum Bruch des Sohnenbundes; es ernannte Kreiskommissare und wies ihnen an, eine polnische Regierung zu übernehmen, alles auf Grund der Kabinetsorder vom 24. März 1848, in der Friedrich Wilhelm IV. den Polen eine „nationale Reorganisation des Großherzogtums Polen“ zugesagt hatte. Zur Verwirklichung dieses königlichen Befehrs und der national-polnischen Wünsche bildete sich in Polen neben dem Nationalkomitee, in dem alle Säulen des Aufstandes zusammenfanden, unter dem Vorherrschaft des schwebenden Oberpräsidenten Deurmann eine Kommission zur nationalen Reorganisation des Großherzogtums Polen. Sie bestanden vornehmlich aus Polen. Als „Gebörde“ in Polen das polnische Nationalkomitee, das — alles unter preussischer Herrschaft! — innerhalb der Provinz einen vorzüglich funktionierenden polnischen Kurierdienst unterhielt, Volksmittels einrichtete, Steuern auch von den deutschen Gutsbesitzern einsoh und drang und dron war, eine reguläre polnische Armee aufzustellen.

Das Zentrum der preussischen Gegenbewegung war Bromberg. Angesichts der Vorbereitungen der Polen und der Gefahr der preussischen Regierungsorgans bemächtigten sich der deutschen Bevölkerung Polens und Westpreußens eine berechtigte Unruhe, die sich bis zum Sturz der Regierung, als man erfuhr, daß der königliche Kommissar, Generalmajor von Willisen, in der Provinz von Jaroslamiem vom 11. April 1848 den Polen das unerhörte Zugeländnis gemacht hatte, daß die zum Dienste Tausenden Infanteristen als Stamm für die „Polenische Division“ befehlamentieren sollten. Noch am Abend desselben Tages, an dem dieses Abkommen geschlossen wurde, schoben sich der kommandierende General von Colomb und der Kommandant von Steindorf an. Willisen war der empörten deutschen Bevölkerung nach Sort Winiowin in Schwabmünde zu fallen. Die Deutschen der beiden bedrohten Provinzen befanden sich in einer außerordentlich hohen Stimmung, die doch gleichsam gegen zwei Fronten ihr Deutschland verteidigten, nach außen gegen die Polen und nach innen gegen die namentlich in demokratischen Kreisen, erhobene Forderung auf Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates, gegen die Nachlässigkeit der preussischen Regierung und die Vergamter des leichtfertigen Königs. Und so mannten sie sich im „Geselligen“,

9. Wir sind eine selbständige politische Partei der Deutschen in Polen. Wir haben keine Bindungen zum Ausland.
10. Wir wollen durch die Schaffung erträglichster Lebensbedingungen die Erhaltung des Deutschtums in Polen gewährleisten. Dazu gehört vor allem die Behauptung des deutschen Besitztums.
11. Wir wollen unsere Pflichten als Staatsbürger gewissenhaft erfüllen. Wir verlangen dafür aber, daß der Staat uns genügend Lebensraum und die freie Betätigung zur Wahrung unserer deutschen Kulturgüter gewährt.
12. Wir verlangen von den Vertretern unseres Deutschtums politische Sauberkeit in allen ihren Handlungen und selbstlose Aufopferung für die Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben.
13. Wir verlangen von jedem deutschen Volksgenossen, daß er sich rückhaltlos zum Deutschtum bekennt, nicht nur durch das Wort, sondern vor allem durch die Tat.
14. Wir sind fest entschlossen, für jeden deutschen Volksgenossen einzutreten und ihm beistehend beizustehen.
15. Wir wollen Selbststucht und Eigennutz aus unserer Volksgemeinschaft herausreißen. Der Bestand unseres Volkstums ist wichtiger als das Wohlergehen des einzelnen.
16. Wir wollen Klugheit und Standesdünkel ausrotten, weil sie die Grundlagen unserer Volksgemeinschaft zerstören. Auch der arme Deutsche ist unser Volksgenosse.
17. Wir verlangen volle Freiheit für die Ausübung unserer politischen Rechte. Kein deutscher Volksgenosse darf in seiner Betätigung für das Deutschtum gehindert werden.

am 1. April 1848 ab, in Manifesten, Proklamationen und Petitionen an den König und die Regierung, in Aufrufen, Anträgen und Artikeln gegen die polnischen Infanteristen. Sie bekehrten ihren Vorgesetzten und die Regierung, endlich tatsächlich einzutreten und die deutschen Provinzen, die nicht der polnische, sondern der deutsche Pfug der Barbare entziehen und der Kultur und Zivilisation entgegengeführt hätte, dem preussischen Vaterland zu erhalten. Wie ganz anders die Polenfrage von der Grenzbesicherung beurteilt wurde als von den Berlinern, das zeigt u. a. ein Jahr herder aber recht deutlicher Brief mehrpreussischer Bauern an den Dichter Dr. Robert Prutz in Berlin, in dem es u. a. heißt: „Ihr Bundesrat von Berlin hat die verzerrtesten Polenschwärmerie und die unangenehmsten Morosen. Das soll zwar gebührend werden, besonders da ihr deshalb das Maul voll nehmt und so feil seid, Euren Vöbel zu hängen. Wir Bauern wollen Euch nicht erwidern, damit eure Brut uns zu Grunde richtet; wir werden Euch das Nachsehen der Franzosen lehren!“

Am Bromberg hatte sich inzwischen, wie auch aus dem „Geselligen“ hervorgeht, ein „Bürgerausschuss zur Wahrung der Preussischen Interessen im Großherzogtum Polen“ konstituiert, der sich ganz energisch der polnischen Demagogie entgegenstellte. Schon in dem Aufruf zu einer preussischen Volksversammlung in Bromberg auf Sonntag, den 9. April 1848, weist er darauf hin, daß das polnische Nationalkomitee in Polen keinen andern Zweck verfolge, als den, „die ganze Provinz Polen zum Preussischen Staate loszureißen und einem neu zu gründenden Polenteiche einzuverleiben“. Er protestiert gegen ein solches Versehen, stellt sich das Bestimmte die von der polnischen Kommission in Anspruch genommenen Rechte in Abrede und verlangt, daß die Provinz Polen bei Preußen verbleibe und dem Deutschen Bunde einverleibt werde.

Der „Gesellige“ brachte dieses Manifest, das am besten die Stimmung der preussischen Bevölkerung in den bedrohten Provinzen wiedergibt, als Zeitartikel in Nr. 30 des 48er Jahrganges. Es heißt darin u. a.: „Bei der Kundgebung des Königlichen Befehls — daß Generalmajor von Willisen nach Polen geschickt sei, um die Reorganisation der Provinz im Interesse der Polen herbeizuführen — erstigte ein Schrei der Entrüstung durch alle deutschen Kreise des Großherzogtums Polen. Deutschland scheint ganz im unklaren zu sein über unsere Verhältnisse. Wir sind die Verbündeten des Reichs-Distrikts, eines neuen deutschen Distrikts, des nur eine Zeitlang unter polnischem Szepter stand und bereits seit dem Jahre 1772 mit Preußen vereinigt ist. Nur zu unserm Leidwesen wurde der Reichs-Distrikt im Jahre 1816 zur besseren Abtragung des neu errichteten Großherzogtums Polen zu demselben gefügt. Durch deutsche Kraft, durch deutsche Arbeit, durch deutschen Fleiß sind die normals müssen Kundstriche in den jetzt blühenden Zustand versetzt worden. Der Bevölkerung nach sind wir Deutschen die übermäßig große Mehrzahl. Wir Verbündeten des Reichs-Distrikts sprechen im Angesichte von Europa laut und feierlich aus:

Daß wir in die Polen zusammengetretene Kommission, mit Einschluß der preussischen Amtskommissare, für inkompetent und im voraus alle ihre Beschlüsse für null und nichtig erklären müssen, da diese Kommission von der Gesamtbevölkerung mit keinerlei Vollmacht versehen worden ist.

2. Daß wir diese Kommission namentlich für inkompetent erachten, sich in die Verwaltung des Reichs-Distrikts irgendeine zu

mischen, vielmehr sind wir fest entschlossen, schlußendlich eine solche Einmischung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen.

3. Daß wir, die Bewohner des Rheine-Distrikts, nicht mehr zum Grobherzogthum Polen gehören wollen und daher verlangen, die dazu gehörigen Kreise Bromberg, Weichsel, Czarnkau, Inowroclaw (Hohenpola), Gochowen (Kolmar), Schwab, Mogilno und Woungrowitz zum Grobherzogthum Preußen abzutreten und der Provinz Preußen einzuverleihen, da wir fortan mit dem Königreich Preußen den germanen Deutschen Bunde angehören wollen.

4. Daß, um den möglichen Grenzfall eines Bürgerkrieges vorzubeugen, wir das bestimmte Verlangen stellen müssen, die Abtrennung jenseitig provisorisch eintreten zu lassen.

Das Manifest schloß: „Wir, der preussischen Staatsregierung und unserm edlen Könige mit der unüberbrüchlichen Treue ergebenen deutschen und deutschgermanen Bewohner des Rheine-Distrikts beizutreten ein Hohes Staats-Ministerium bei Preußens Ehre und Preußens Ruhm, unsere verehrte Sache dahin kräftig zu vertreten, daß ohne Zeitverlust die Vermählung des Rheine-Distrikts mit dem Grobherzogthum Polen abgetrennt und provisorisch dem Regierungs-Präsidenten in Bromberg übertragen werde.“ Jedes Wort dieser Erklärung ist erfüllt von Nationalität und von Vertrauen in die eigene Kraft.

Wenn das Manifest „die Kommission zur Reorganisation des Grobherzogthums Polen“ einschließlich des vom König beauftragten Kommissars nicht anerkennt, weil sie von der „Selbstbestimmung“ mit keinerlei Vollmacht versehen worden ist, so protestiert es einmal gegen die einzig polnische Zusammenlegung der Kommission, dann aber auch gegen die Art der Behandlung der wichtigsten deutschen „Politik und Haltung des preussischen Regierungsvertreter.“ An einer anderen Stelle dieser Entschlossenheit heißt es: „Völker haben jetzt zu berathen über ihre Staatsformen, und dieses Recht wollen auch wir uns nicht nehmen lassen.“ Es ist also die Forderung des Selbstbestimmungsrechts, die hier von den deutschen Bewohnern des Rheine-Distrikts aufgestellt wird. Sie zweifeln keinen Augenblick daran, daß bei einer Abstimmlung sich die überwiegende Mehrheit und der bessere Theil der Einwohner des Grobherzogthums für Preußen entscheiden würde. Wenn sie aber mit dem Königreich Preußen den germanen Deutschen Bunde angehören wollten, so würden sie doch wohl nie der „Selbstbestimmung“ an ein einziges Deutschland, an einen Bundesstaat, der alle deutschen Gauen umfaßte, auch die preussischen Provinzen Polen, Ost- und Westpreußen, die bislang vom Deutschen Bunde ausgeschlossen waren. Sie hatten es satt, noch länger „draußen“ zu leben.

Dies Manifest verlebte in Berlin seine Wirkung nicht. Am 14. April erhielt der energische Regierungspräsident von Bromberg, S. v. Bismarck, durch den Minister des Innern in Potsdam von Auerstadt die Nachricht, daß die Kommission zur Reorganisation des Rheine-Distrikts die Aufnahme der deutschen Gebiete der Provinz Polen in den Deutschen Bund zu vermitteln, und daß der Rheine-Distrikt von der Reorganisation der Provinz ausgeschlossen sein sollte. Auch die Stadt Graudenz bekannte sich in einer westpreussischen Volksversammlung und in einer feierlichen Erklärung an die Regierung zum Deutschthum und protestierte gegen die Abtrennungsgelüste des polnischen Rathbans.

Was aber zu uns auf den Marsch ausgebrochen, und die polnischen Barden, mit Sanzen bemantelt, emporgehoben sich bereits in offenem Aufruhr der Regierungsgewalt und verschiedener Vorfälle und Städte. Als aber die Krone und die Regierung zunächst nichts in dieser Angelegenheit unternahm, fordern vielmehr die kommandierenden General in Polen, von Colomb, mit seinen Truppen, Gewehr bei Fuß, dem Treiben der polnischen Barden jaulen lassen und mit den Insurgentenführern in verfehlte Unterhandlungen eintreten, da Bismarck in seiner Not zur Selbsthilfe. Es ging darum, die Angriffe zu beugen, die jetzt gegen die Polen zur Wehr traten, die endlich die Reorganisation des Grobherzogthums Polens und die bedrängten Bewohnern dieser beiden Provinzen Truppen zu Hilfe schickte, die unter dem Kommando des Generals von Puel bald den Aufstand niederzuwanzen und Ruhe und Ordnung wiederherstellen. In dem Kampf gegen das Polentum stand das andere Graudenz Blatt, der demokratische „Anzeiger“, mit dem liberalen „Seselligen“ in einer Front. Aber alle inneren Gegensätze und Streitigkeiten hinweg reichten sich die Redaktionen beider Blätter zu gemeinsamer Abwehr des äußeren Feindes die Hand. Sie hielten ihren Verkehr über die Ereignisse der Inselstadt Danzig, dem lausenden von Ereignissen in diesem Kampf nationaler Art, die „Seselligen“ in dem „Anzeiger“ in dem „Danziger“ und dem „Seselligen“ am 30. März 1848: „Es gehen verschiedene Nachrichten ein, daß polnische Conspirationen in den Karthäuserbänken Bromberg und Priesen stürmische Versammlungen abgehalten haben, die über die Einverleibung Westpreußens in das wieder zu begründende Polenreich berieten. Daß diese nie geschehen kann ohne die Verletzung der heiligen Interessen unserer preussischen Mitbürger, daß sie also nie geschehen wird, ist in unser aller Ueberzeugung fest begründet.“

Am 8. April 48 veröffentlichten beide Blätter einen Bericht des Volkskommisars Bader über die Stimmung in den von uns aufständigen bedrängten Kreisen der Provinz. Der Verfasser des Graudenz Manifests schreibt darin a. a.: „Diese großartigen Demonstrationen haben vortrefflich gemerkt; wir haben gesehen, wie einstimmig sich die Bevölkerung zu dem Grundsatze, daß unsere Provinz Deutschland erhalten werden müsse, bekannt hat, wir haben dadurch unsere Stärke kennengelernt und das Selbstvertrauen

gewonnen, das in kritischen Tagen schon ein halber Sieg ist.“ Weiter berichtet er, daß er auf einer kleinen Reise durch den Graudenz, Gochner und Kalmr Kreis Gelegenheit hatte festzustellen, daß auch bei der polnischen Bevölkerung das Vertrauen zu preussischen Regierung zurückgekehrt und die öffentliche Ordnung nirgends mehr bedroht sei. Ja, im Strasburger Kreise hätten die Mitbürger polnischer Sprache mit Nachdruck erklärt, nicht als Polen zu gehören zu wollen, die Eschdau, da selbst die Polen der bekannten Kreise das deutsche Regiment nicht mit dem polnischen zu vertauschen wünschten, mild immer wieder in beiden Graudenz Wäldern herangezogen. Die Stellungnahme des „Seselligen“ zur polnischen Frage tritt wohl am deutlichsten in einem Artikel unter dem Titel: „Sollen wir hoffen oder fürchten?“utage. Dort schreibt Dr. Ludwig Wan nur u. a.: „Daß uns diese polnischen Unruhen sehr gedrückt haben, wer möchte es leugnen! Wir verdanken sie zum Theil der Leichtfertigkeit der Berliner, aber sie haben doch für uns die wichtigsten Lehren gelehrt. Vor zwei Jahren schrieben wir, es ist Sache der Regierung, die polnischen Hände zu dämpfen und uns Ruhe zu schaffen; jetzt haben wir allein Hand anlegen müssen und sehen nun — Gott sei Dank! — wie es steht. Polen liegt jenseits der Dremeh, hier nicht! Dort soll dieses Volk alle unsere Sympathien finden, wenn es sie besser zu verdienen sucht als bisher — aber hier ist deutscher Grund und Boden!“

Die in Westpreußen und Polen anfälligen Polen wurden wie von den Bewohnern dieser Provinzen, so auch vom „Seselligen“ als Vandalen und gute Preußen angesehen. Nicht gegen sie, sondern gegen den abgelebten polnischen Adel, der sie mit allen Mitteln in den Kampf um das Vaterland zu gewinnen suchte, richteten sich die Angriffe der von dem Aufstand betroffenen Kreise. Als gar die polnische Geselligkeit durch Verwirrung der Gemüther in den Kampf eintrat, wandte sich selbst der in Graudenz allseitig verehrte Ober- und Ehrenbürger der Stadt, Dietrich, in einem „Dauung“ überschriebenen Artikel gegen die unpolnische Verquickung von Glaube und Politik. Er schrieb: „Es muß ja jedem denkenden Menschen einleuchten, daß die Religion von den gegen uns feindselig Gesinnten nur zum Vorwande genommen und gemißbraucht wird, um durch religiöse kirchliche Bindungen und Schwierigkeiten politische Kämpfe zu verhindern. Der gegenwärtigen Verwirrung wegen sind die Worte, wie auch der wenige Tage später im „Seselligen“ veröffentlichte „Juraf von Königlich-Katholischen deutscher Nation an ihre polnischen Glaubensbrüder“, eine Antwort aus den Hirtendrief des Polener Erzbischofs von Pragukki (21. April 1848), in dem dieser Kleriker die polnischen Katholiken gegen ihre Glaubensgenossen deutscher Nationalität aufmeißelte. Der „Juraf“ ermahnte die polnischen Katholiken, ihren Edelthum nicht zu trauen, die gern eine nie postvakan-Berufsstufe gründen und sie zu Knechten machen möchte, die nicht allein für sich, sondern für die Nation, die durch den Mund pflichtvergessener Priester urtheilen ließen, nämlich daß ihre Religion in Gefahr lie, wenn sie unter preussischer Regierung blieben.

Der „Sesellige“ vertrat in diesem Kampf, das versteht sich von selbst, ausschließlich deutsche Befangenheit. Dabei erkannte er die national-polnischen Wünsche als durchaus berechtigt an. Wenn er die freie, ungehinderte Selbstbestimmung der Völker als allgemeines Menschenrecht forderte, so zeigt er damit, daß ihm der Staat nur ein Mittel zu Zweck war, nämlich das Volksthum in seiner Einheit zu erhalten. Sonst, als Kind seiner Zeit, ausgesprochen liberalen Ideen halbig, findet sich hier bereits eine Abwandlung des Liberalismus nach der national-polnischen Seite hin. Voll Selbstbewußtsein meißelte der „Sesellige“ keine Augenblicke, daß sich die übernehmende Mehrzahl der Bewohner von Polen und Westpreußen in den Anschluß an das deutsche Volk und Vaterland aussprechen würde. Deshalb trat er auch mit allen ihm damals zur Verfügung stehenden Mitteln für den Gedanken einer Volksabstimmung in den am 17. März 1848, dem Unabhängigkeitstag der Völker kann ebenjowenig dauernd Widerstand geleistet werden wie ihrem Aufstehen in innerer Freiheit.“ Für das deutsche Volk aber forderte er die „Blatt-Einstimmung“ allen Volksfragen, weil nur „Einigkeit“ und „Einmütigkeit“ führen kann.

### „Die Preussische Garnison in Danzig“.

Das Staatliche Condensationsmuseum zu Danzig-Oliva hat unter dem Namen „Die Preussische Garnison in Danzig“ eine neue größere Sonderausstellung im Gartenhof des Olivoer Schlosses eröffnet. Die Ausstellung zeigt zunächst eine umfangreiche Sammlung von Handfeuerwaffen, die seit der Zeit Friedrichs des Großen bis zum Ende des Weltkrieges gebraucht wurden. Die Entwicklung der Gewehre, Büchsen und Karabiner wird auch an Vergleichsstücken der gleichzeitigen ausländischen Waffen ostentativ. Ferner werden gewöhnliche Infanterie- und Kavallerie-Regimenter, Artillerie und Infanterie sowie Handgranaten verschiedener Art und ein Maschinengewehr. Das größte Stück der Ausstellung ist eine französische Mitrailleuse, die im Jahre 1807/7 von Danziger Truppen erbeutet wurde und in der Werkstatt des Condensationsmuseum aufgestellt worden ist. Im nachfolgenden Reihenfolge werden die Uniformen der Danziger Regimenter ausgestellt. Zunächst werden Uniformen der Friedens- und Kriegszeit des 2. Westpr. Infanterie-Regts. Nr. 17, des 1. und 2. Leibjäger-Regts., des Selbstart.-Regts. Nr. 36 und des Danziger Inf.-Regts. Nr. 128 aufgestellt.

## Das Programm Kozłowski's.

Die seit langem fällige und mit Spannung erwartete Programmrede des polnischen Ministerpräsidenten Kozłowski befaßte die vorwiegend wirtschaftlichen Aufgaben des gegenwärtigen Kabinetts. Was die Rede an politischen Bemerkungen brachte, war dürftig und ging über das allgemeine Bekannte nicht hinaus. Kozłowski befräktete sich auf die Selbsttötung, daß die Zunahme der Terrorakte die Errichtung eines Konzentrationslagers in Bereja Kartuska notwendig gemacht hätte, wo sich zur Zeit nur 200 Internierte befinden, terroristische Ukrainer, meist jüdische, linksradikale Elemente und Anhänger der radikalen Rechte, die dort durch Zwangsarbeit an ein geordnetes Leben gewöhnt würden. Auf die vielen anderen innerpolitischen Fragen, auf die man eine Antwort erwartet hatte, ging der Ministerpräsident nicht ein. Er sagte nichts über die Stellungnahme des polnischen Verhältnisses zu den Ukrainern, mit dem sich vor kurzem die „Sojete Polka“ befaßigt hatte. Er schweig über die Judentfrage, obwohl gerade diese eine der dringlichsten Angelegenheiten des gesamten polnischen Lebens darstellt. Auch über die Einstellung der Regierung zu den Deutschen in Polen, die namentlich in bezug auf Ostoberschlesien eine Klärung verlangt hätte, war in der Rede nichts enthalten.

Kozłowski befaßigte sich fast ausschließlich mit wirtschaftlichen Problemen. Besonders ging er hier auf das Preisproblem ein. Er bekannte sich zu einer weiteren Herabsetzung der Preise für Industrieprodukte und betonte die Notwendigkeit weiterer landwirtschaftlicher Eingriffe in die Preispolitik der Kartelle. Er stellte eine Herabsetzung der Eisenbahntarife in Aussicht und bezeichnete die Verringerung der Kosten der öffentlichen Verwaltung durch eine weitgehende Reform der Selbstverwaltung als notwendig. Etwas zurückhaltender äußerte er sich über die Maßnahmen zur Senkung der Exportpreise. In dieser Hinsicht hielt er es für angebracht, erst die radikalsten Ertragsgebühren in Polen und im Ausland abzurufen. Er hob aber hervor, daß die Preisföhrungsaktion nicht auf Getreide beschränkt bleiben, sondern auch auf die Produkte der Viehwirtschaft, an denen insbesondere der kleinere landwirtschaftliche Besitz interessiert ist, ausgedehnt werden solle.

Ausführlich behandelte der Ministerpräsident die Fragen des Sozialversicherungswezens, dessen bisherige Handhabung er scharf kritisierte. Die Leistungen der Sozialversicherung müßten der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft angepaßt werden. Auf das in Polen tätige Auslandskapital eingehend, unterschied Kozłowski zwischen demjenigen Kapitalisten, die Polen als ein koloniales Ausbeutungsobjekt behandeln, und den anderen, die der polnischen Wirtschaft wirklich Nutzen bringen. Dem ersten wurde weiterer Kampf angesetzt, dem letzteren Entgegenkommen versprochen. Eine besondere Betonung erfuhr das Problem der landwirtschaftlichen Entlohnung in der Rede Kozłowski's. „Das Ziel, das ich mir gestellt habe, ist folgendes: Es handelt sich um die weitestgehende Erhöhung der Konfektions- und Entlohnungsaktion in der Landwirtschaft. Der Gläubiger muß Zugeständnisse machen, die zur Realisierung seiner Forderungen durch das Fallen der Bodenpreise notwendig sind. Die Zugeständnisse müssen in einer Verteilung auf

längere Zeit und in einer Herabsetzung der Verzinsung ihren Ausdruck finden. Man kann nicht alle Landwirte in gleicher Weise behandeln, diejenigen, die durch eigene Schuld überschuldet sind, und diejenigen, die der Konkurs zum Opfer gefallen sind. Größere Landgüter, die übermäßig mit Schulden belastet sind, können nicht liquidiert werden. Dagegen haben nicht überschuldete kleinere Landwirte die Möglichkeit, den Weg der Intensivierung zu beschreiten. Die Entschuldigungsaktion muß auf alle kleinen Wirtschaften und wird in bezug auf diese allgemein sein, ohne Rücksicht auf den Grad der Verschuldung. Die kurzfristigen Zahlungen werden in längere Zeitabläufe zerlegt, der Zinssatz wird herabgesetzt. Im den Entschuldigungsprozess zu beschleunigen wird die Anzahl der Zahlungen und die Verschuldung eingeschränkt. Die Zahlungen aus Sammelanteilen und hypothekarischen Verschuldungen von Ehegatten werden eine Ausnahme bilden und eine Herabsetzung entsprechend dem Fallen der Bodenpreise erfahren. Der Staatsschatz als Gläubiger wird Opfer tragen durch eine Reduzierung der Verschuldung der Kleinlandwirtschaft bei staatlichen Banken. Mittlere Landwirtschaften, deren Verschuldung als nicht übermäßig anerkannt wird, erhalten grundsätzlich dieselben Erleichterungen, doch werden diese entsprechend der Höhe der Verschuldung in dem Grade ihrer Anwendung schwanken. Bei großen Gütern werden die Normen der Maximalverschuldung entsprechend niedriger liegen. Der Staatsschatz wird hier nicht die Kosten der Einziehung im Zusammenhang mit der Sponsoring der Verschuldung durch die Hypothekbank tragen. Große Güter, die durch die Verschuldung in die Konkursmasse eingeleitet sind, haben, werden der Auflösung anheimfallen müssen. Die eingehenden Grundstücke für die Entlohnungsaktion wird in der nächsten Zeit das Wirtschaftsamt beim Minister aufstellen.“

Um allgemeinen hat die Programmrede des Ministerpräsidenten also die schon fast Wöden und Monotonen in der polnischen Presse teils bewundernd, teils kritisch erörterten Erwartungen befaßigt. Auf praktische Einzelheiten der geplanten Durchführung dieses Programms eingegangen, hat Kozłowski freilich vermieden. Es ließen daher, obwohl der Staat grundsätzlich festgelegt ist, in fast allen Einzelfragen mancherlei Unklarheiten, auf die erst mit der praktischen Durchführung von Fall zu Fall eine Antwort erteilt werden wird. Kozłowski hat beschlossene Maßnahmen angedeutet, sich aber in jedem Falle für deren praktische Durchführung einen weiten Spielraum offengelassen. Das ist einmal wohl deshalb geschehen, weil sich Tempo und Ausmaß der Durchführbarkeit dieser wirtschaftlichen Maßnahmen tatsächlich nicht von vornherein festlegen lassen, andererseits aber auch deshalb, weil im Regierungsklub selbst wirtschaftliche und soziale Kräfte widersprechender Art zusammengefaßt sind, die vom Regierungsschatz als politisch tragende Faktoren sämtlich in Rechnung gestellt werden müssen. Immerhin läßt die Programmrede eine weitgehende Orientierung hinsichtlich der aus den ersten drei Wochen des Reichentums und der Wirtschaftsschuld geäußerten Wünsche erkennen. Die kartellierte Großindustrie, der verschuldete Großgrundbesitz und der prelastreibende Zwischenhandel sind die drei Gruppen, zu deren Nutzen sich die Durchführung des Regierungsprogramms in der Hauptsache auswirken wird.

## Allschleifische Trachtenhochzeit in Schreiberhau.

Schleifen ist reich an Erachten und kostbarem Volksart in dem großen und kleinen Orten im Riesengebirge hat sich Brauchtum und Altorterritte durch Jahrhunderte erhalten. Gerade dort, wo die Menschen am schwersten mit dem nicht allzu feinsgründigen Boden zu kämpfen haben, wo sie in schwerer Arbeit in den Bergwerken ihr Brot verdienen, wo Weinrebe tagaus, tagen ums tägliche Brot hinter dem Wechslstehen und Glasbläser in den vom glühenden Feuerstein erhaltenen Hütten arbeiten, hängen sie fest an ihren alten Sitten und Gebräuchen.

Nach fast hundertjähriger Pause ist in diesem Jahre in Schreiberhau wieder eine richtige allschleifische Komödie in hoher Zeit gefeiert worden. Schon lange vorher kamen aus allen Orten des Riesengebirges, aus noch jenseits der Grenze, Gratulanten und Abordnungen, um dem jungen Paar, das nach der väterlichen Sitten dem Bund fürs Leben schloß, ihre Glückwünsche auszusprechen. An der Spitze der Abordnungen standen die Scholzen, die als Zeichen ihrer Würde den Scholzenstab tragen, der sich in dem einzelnen Dörfern schon von Generation zu Generation überreichte. Die wichtigsten Personen beim allschleifischen Hochzeitsfest ist der Huxbitler, der Hochzeitsbitler, dessen Wahrzeichen eine brennende Laterne ist, die er den ganzen Tag mit sich herumträgt, ihm geht die Zeitung des ganzen Tages ob. Berittet. Lage vorher, nachdem er sich in wohlgezierter Rede die Erlaubnis der Huxbitler dazu erbeten hat, reitet er über den und läßt Freunde und Gasten von der Huxt ein. Das Hauptfestverder, das an dem Huxbitler gestellt wird, ist ohne Zweifel eine große Ferkelamkeit, denn besonders die jungen Fürstchen lieben es, ihm durch überhand gedrückte Tropfen zum Vergnügen der Zuschauer Sollen zu stellen, denen er nur durch Schlaflosigkeit entgegen kann.

Am Tage der Hochzeit erfolgt die feierliche Überführung des Brautpaares nach der Wohnung des Bräutigams. Ein oder mehrere Wagen mit Möbel und Hausgerät aller Art werden mit Bändern und Kenngrün festlich geschmückt und in festlichem Zuge durch den Ort gefahren. Die Hauptperson bei der Überführung des Braut-

fers ist die „Frau Jüsten“ oder die Brautfrau. Sie übernimmt auch die Einrichtung der Wohnung des jungen Paares. Wenn das Brautpaar über der Wohnung des Bräutigams angekommen ist, ist es wieder der Huxbitler, der in wohlgezierter Rede auf die Bedeutung der Gründung des eigenen Heimes hinweist. Dann tritt die „Frau Jüsten“ vor und fragt den Bräutigam, ob er denn nun mit der Mitgift auch zufrieden sei. Antwortet er darauf mit „ja“, so kann es leicht vorkommen, daß eine energische Brautfrau mit den Worten: „So ein feiner Herr bist du!“ Du beistehst ja nur wegen des Brautpaares!“ auf der Huxt noch einmal umkehren läßt. Antwortet er aber: „Nein, das ist nicht genug, hier fehlt ja noch die Jungfer Braut“, dann klopf ihm der Huxbitler auf die Schulter und ruft in rauhem herrlichen Ton: „Sollt du gefprochen, Huxter, leht hol dir das Selbste ab.“

Bei der feierlichen Trauung des jungen Paares in der Vorfirche kann man herrliche alte Erachten bewundern. Erachten, an denen jede Sticker und jede kleine Einzelheit mit unendlicher Liebe und Sorgfalt gefertigt sind und die so recht erkennen lassen, mit welcher Hingabe und mit welchem Bestehen die Menschen hier an diesen alten Kleibern hängen, wo sie ihnen weit mehr sind als nur Kleidungsstücke, wie sie damit gleichsam sich mit ihrer Vergangenheit umgeben, darin denken und aus ihr leben. Die Allschleife und für die Gäste wohl die Hauptsache der ganzen Fahrt bildet denn die große Fahrt auf der Huxt. Die Unendliche Mengen von Kaffee und reife Berge von Straußentieren werden freigebig verteilt und an dem einzelnen Wäden wird manche Glöche „Aler Korn“ gelert. Wieder halten Huxbitler und Gratulanten Ansprachen, die Geschenke werden überreicht und lustige Couplets zeigen allschleifische Volkstänze und -spiele.

So lebt im neuen Reich ein alter Volksbrauch wieder auf, und ein Volkszug, das sich von Generation zu Generation fortgerbt hat, kommt hier wieder zu Ehren. Zur ein Volk, das es versteht, sich sein kostbares Gut, seine Eigenart und seine Heimatbräute zu erhalten, wird stark und lebensfähig sein und aus dem Quell des Allgebrachten die Kraft schöpfen, das Leben zu meistern.

# Die sächsisch-böhmische Grenze.

Niemals haben die Sachsen das ganze Böhmen, gefahrlos denn das heutige sächsisch-böhmische Staatsgebiet innegehabt, da im breiten Randgebiet von jeder Germanen ein geselltes haben. Niemals war die polnische Grenze zugleich Volksgrenze, vielmehr war ihr ein breiter, zusammenhängender Raum deutscher Volksboden jenseits des Erzgebirges, das Böhmer Waldes und der Sudeten vorlagert. Ganz abgesehen von dem durch die böhmischen Exulantenstellungen in Sachsen — wie Herrnhut, Georgenfeld bei Zinnwald und Johanneisgeorgentab — gefaschten Wechselbeziehungen, spinnen sich seit der Erschließung des Erzgebirges vor 700 Jahren bis auf den heutigen Tag vermannschaftliche Fäden hinüber und herüber. Kulturell, wirtschaftlich und landschaftlich war dieser Raum stets eine Einheit. Im zahlreichen Stellen verläuft heute noch die Grenze mitten durch Städte und Dörfer. Das Städtchen Oberwiesenthal am Fuß des Fichtelbergs ist durch einen kleinen Bach von Böhmisch-Westböhmen getrennt, die böhmische Stadt Weipert ist mit dem sächsischen Orte Wären kein baulich völlig verbunden; welche Grundstücke von Zinnwald zu Sachsen oder zu Böhmen gehören, darüber selbst die Einwohner der Nachbargemeinden oft nicht im klaren. Ja, in manchen Orten geht die Grenzlinie mitten durch einzelne Grundstücke hindurch. Über Paßhöhe und Höhe wird die Grenze mitten durch das Galtwasser, in dem — wie das Scherwort sagt — die Wefftocks im Inland und die Wefftocks im Ausland zubereitet werden. Wefftocks sind jene die Bewohner früher zu Märkten, Festen oder auch die einzelnen Berufs genossig zusammen, und weder der Paßkehrer noch das erzgebirgische Volksteil machten vor den Grenzlinien halt.

Diese Grenze, deren Richtung von Sachsen ein Jahrtausend hindurch festgehalten worden ist, ist heute Grenze zwischen dem Reiche und dem sächsisch-böhmischen Staate. Sie hat infolge ihrer zahlreichen Ein- und Ausbuchtungen eine Länge von 572 km (das ist in der Luftlinie etwa die Strecke Berlin—Köln), während die Grenzstrecke Bayerns gegen die Elbschloßmark 339 km beträgt.

Landchaftlich wird dieses Grenzgebiet entscheidend durch den mitteldeutschen Subergzug charakterisiert. In Richtung der Sudeten, aber baulich von den Schieferformen des Jätschens abgesetzt, erhebt sich in der Oberhälfte zunächst das Zittauer Gebirge mit ausgeprägter, vielfach als Grenze dienender Kammlinie, ein malträchtiges Sandsteinplateau mit Bulkanuppen, an das nach Norden das Paßhöhe Berg- und Hüggelland anschließt. Imöhlen weiten flachen Eiern mit ihren langgestreckten Dörfern läßt es schließlich einzelne Kluppen der verschiedensten Gesteine und Phänolithdurchbrüche emporragen und ge-

halter sich im „Zittauer Becken“ mit dem der Oder und Oßsee zugewandten Einlage der Zeile zur typischen Breckenlandschaft.

Das anschließende Grenzgebiet wird vornehmlich als Elbsand-Heinrichsgebirge, vornehmlich seit Anfang des vorigen Jahrhunderts mit dem weitbekannteren Namen „Sächsisch-Schweiz“ bezeichnet und ist mit seinen Hauptplätzen, dem „Ebenentische“, und den wild zerklüfteten Eiern nicht nur für den Naturfreund, sondern auch geschichtlich interessant. Hier verfuhr einst das starke deutsche Geschlecht der Berken von der Duda, deren architektonisch meisterhaftes „Nots Haus“ in Böhmisch-Teip kürzlich erneuert wurde, eine wohnstättenartige Herrschaftsgründung. Das Endergebnis war, nachdem sie ihren raubriterlichen Besitz in der Sächsisch-Schweiz die zerfallenen Höhlen und Wildentien verloren hatten, an Eilenstein-Schlackenau aber festhielten, die größte Eisenklüftung der heutigen sächsischen Sidbergre, der große böhmische Eisprung bei Schlackenau.

Auch im anschließenden Erzgebirge ist die Grenze im großen durch den Subergzug zu erklären. Als Ganzes verläuft dieses Gebirge von Nordost nach Südwest in „erzgebirgischer Richtung“ im Gegenstoß zur „südwestdeutschen Richtung“ und stellt eine Platte dar, die auf sächsischem Gebiete mit rund 4000 qkm in allmählicher Abdachung mehr als ein Viertel Sachsen ausmacht, auf der Südküste aber fast in das Egerland und das Epler Becken abfällt. Die Grenze selbst ist durch die Jahrhunderterte fast überall ein breiter Waldraum, vom Urwald bis zum geordneten Wald. Noch in der „Egerer Richtung“ von 1459 zwischen Sachsen und Böhmen wurde bestimmt, daß der Subergzug weiterhin die Grenze zwischen beiden Ländern bilden sollte. Allerdings griffen die hobitsgebiete beiderseits mannigfach über den Kamm hinaus. So gehörte den sächsischen Markgrafen die böhmische Stadt Brüx, den Böhmen aber Besitz im Oberlauf von Elster und Smitzauer Mulde. Erst Ende des 18. Jahrhunderts erfolgte die Vermessung, und der endgültige heutige Verlauf der Grenze wurde durch den am 5. März 1848 zwischen Sachsen und Österreich in Dresden geschlossenen „Haupt-, Grenz- und Territorialvertrag“ festgelegt. Auch heute leben an der Grenze zahlreiche Grenzsteine aus alter Zeit, die auf sächsischer Seite mit dem kurfürstlichen Wappen geschmückt sind, auf böhmischer Seite mit dem Wappen deutscher Ständebere, wie bayer von Binau, der Säckern Ebum und anderer. Auch der alte böhmische Kose und der österreichische Doppeladler existieren noch als Zeugen der Vergangenheit.

Weßlich wird das Grenzgebiet abgegrenzt durch das Vogtland. Dieses Übergangsbereich zum Erzgebirge südlich nach dem Fichtelgebirge und weßlich nach dem Frankenland ist — wie das Zittauer Becken am anderen Ende — eine Zusammenfassung verschiedenster Landschaftscharaktere. (Aus „Sachsenmark Sachsen“. Siehe Buchbesprechung S. 384.)

## Städte im Osten.

### Elbing.

Im Jahre 1237 gründete Hermann Balk, der erste Landmeister von Preußen, zusammen mit holländischen Kaufleuten Burg und Stadt Elbing. So wurde der in frühgeschichtlicher Zeit unter dem Namen Truso bekannte Straßen- und Handelsknotenpunkt zur Weidung und zum ersten Seehafen des Deutschen Ordens. Dank seiner Lage ist Elbing bis auf den heutigen Tag ein ansehnlicher Hafen- und Handelsplatz geblieben, nachdem es in der Mitte des 19. Jahrhunderts lange Zeit Oßpreußens größter Industrieplatz gewesen war. Heute ist es mit über 72 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Provinz.

Mit seiner Stadtlage, einem Musterbeispiel der Städtebaukunst des Deutschen Ordens, die sich am besten vom hohen Nikolaikultur überblicken läßt, mit seinen Bürgerhäusern aus Grotk, Renaissance und Barock, der Spieringstraße mit ihren Weßhagen, mit seinen kirchlichen Kunsthäusern, vor allem St. Marien mit der kostbaren Schatzkammer, bietet Elbing eine reizvolle Fülle des Sehenswerten. Der Wissensdurstige klopft bei Archib. Bibliothek und Museum vor der Stadt nicht vergebens an.

Natursehenswerten locken in Elbing's unmittelbare Umgebung. Von der Elbinger Höhe gibt es immer wieder über-

raschende Ausblicke auf Haff, Rehburg und Oßsee. Man wandert oder fährt durch ein Hüggelland mit schönen Laubwäldern, man blickt in tiefe Waldtäler, die den Viebrück des Ehringer Waldes und des Camms haben, und hat plötzlich und unermutet den Ausblick auf die weite Wasserfläche des Frischen Haffs, die nur durch einen schmalen Landstrich von der Oßsee getrennt ist.

Ein anderes Bild bietet die Kiederung im Westen der Stadt. Der Orden schon hatte hier angefangen, das Land der jumpfing Kiederung einzuweichen und auszutrocknen; vollendet haben das Werk im 17. Jahrhundert holländische Meenonen, denen der Rot von Elbing, wie der von Danzig, in jenem Territorium eine Freiheit hat. Vier fanden sie eine Landflucht, die der am Kiederbrück gleicht. Eine Anzahl von Hüßarmen und Rämien durchzieht die weite Kiederung, in deren Kampen schwarzgrüne oßpreußisches Vieh weidet. Eine Fahrt zum Landgraben, zur Sinttrinne und wie die vielen Wäse heißen, zu den neuen Siedlungen, frisch eingedichteten Kampen am Haff, führt durch ein anderes Land zu führen, und da grüßt die Elbinger Höhe herüber, und doch ist es Elbing's nächste Umgebung.

Wieder andere Bilder bietet eine Fahrt den Elbing aufwärts, der dicht oberhalb der Stadt aus dem Draußen, einem fast Jahrhunderten immer mehr zunehmenden großen Binnensee, kommt.

Glückliche Reise für Mutter und Kind!  
Löst eine Spendenkarte



für 10 Pf.

